

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., mit Justizgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 5.39 zl., vierteljährlich 16.16 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Blockvorricht u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewöhn übernommen. **Postleistungskosten:** Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 272.

Bromberg, Sonnabend den 26. November 1932.

56. Jahrg.

Hindenburgs Absage an Hitler.

Neuer Auftrag an Prälat Kaas.

Was soll nun werden?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten und der NSDAP litten unter dem unlösbarren Gegensatz zwischen präsidialer Regierung und parlamentarischer Regierung. Ein Präsidialkabinett kann nicht von einem Parteiführer oder einer einzigen Partei gebildet werden; es würde die Neutralität des Präsidenten gefährden. Der Präsident kann dem Kanzler, den er stützt, nur dann seine Macht zur Verfügung stellen, wenn es sich um eine wirklich unabhängige und parteipolitisch neutrale Persönlichkeit handelt. Das stand von vornherein fest. Man sah deshalb den Verhandlungen skeptisch entgegen. Der Reichspräsident musste die NSDAP also zunächst auf den Weg parlamentarischer Mehrheitsbildung verweisen.

Dass dieser Weg kein Ergebnis bringen würde, war ebenfalls nicht unklar. Überdies machte ihn der Präsident von fünf Bedingungen abhängig:

1. Die Feststellung, dass die personelle Zusammensetzung des Kabinetts der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf.
2. Der Reichspräsident behält sich das Recht besonderer Einwirkung auf die Befehlung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes vor, weil er Oberbefehlshaber der Reichswehr ist und das Reich nach außen völkerrechtlich vertritt.
3. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsprogramms soll die bisherige Linie eingehalten werden.
4. Eine Rückkehr zu dem Dualismus zwischen Reich und Preußen soll ausgeschlossen bleiben.
5. Die Kompetenzen des Reichspräsidenten aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung sollen keine Abschwächung oder Änderung erfahren.

Von diesen Bedingungen war zumindest die dritte umstritten; denn man kann, nachdem der alte Kanzler an seinem Wirtschaftsprogramm letzten Endes doch gescheitert ist, von einer nicht kapitalistisch eingestellten Persönlichkeit schließlich nicht verlangen, dass sie dieses gleiche Programm übernimmt.

Durch diesen Entschluss wurde nun die Meute der Parteien auf die NSDAP losgelassen, die sich plötzlich alle für die parlamentarische Mehrheit einsetzen, nachdem sie unter Papen noch ihren antiparlamentarischen Tendenzen freien Lauf gelassen hatten. Denn hier zeigte sich die Möglichkeit, die NSDAP verantwortlich in eine Koalition einzuspannen, sich verbrauchen zu lassen in den Gegensätzen dieser Koalition und sie bei passender Gelegenheit und im richtigen Augenblick zu stürzen.

So kam die NSDAP in den wenigen Tagen, in denen sie sich in Berlin auf Verhandlungen einließ, plötzlich in die Klemme. Der Reichspräsident gab ihr scheinbar eine Chance, zu regieren, die Parteien ihrerseits öffneten weit die Arme. Der Präsident aber versah seine Chance mit Bedingungen, die schwer zu erfüllen waren. Die Parteien hatten ebenfalls Bedingungen zu stellen. Zwischen diesen beiden Fronten geriet die NSDAP immer deutlicher in Gefahr, zerrieben zu werden. Hitler hatte schließlich keinen anderen Ausweg mehr, als den parlamentarischen Auftrag des Präsidenten abzulehnen.

Was soll nun geschehen? Es gibt nur einen Weg, sinnvoll aus dieser Krise herauszukommen. Das ist folgender: Der Reichspräsident beauftragt eine unabhängige Persönlichkeit mit der Bildung eines neuen Präsidialkabinetts. Diese Persönlichkeit versucht von sich aus, sich mit den Parteien zu verständigen und das Kabinett aus Persönlichkeiten zu bilden, die zumindest auch als Vertrauensleute der Parteien gelten können. Auch die NSDAP beteiligt sich direkt oder indirekt an einer solchen Lösung. Dieses Kabinett entgeht einem Misstrauensvotum des Parlaments, und der Reichstag vertagt sich bis Februar oder März.

Eine andere Lösung ist ohne eine gefährliche Zuspitzung der Lage nicht zu sehen. Denn nun, nachdem die direkte Brücke zwischen Präsident und NSDAP nicht zustande gekommen ist, wächst die Möglichkeit einer Gefährdung beider: des Reichspräsidenten durch eine notwendig werdende stärkere Exponierung; der NSDAP durch die Radikalisierung in ihren eigenen Reihen. Zwei Dinge aber kann die ohnedies schwierige Situation Deutschlands im Augenblick nicht vertragen: eine Präsidentenkrise und einen Fall der NSDAP.

A. G.

Die amtliche Erklärung.

Der Reichspräsident hat am Donnerstag vorwittig von dem Brief Kenntnis genommen, den der nationalsozialistische Parteiführer Hitler am Mittwoch abend dem Staatssekretär Dr. Meißner überliefert hat. Die Antwort des Reichspräsidenten erfolgte in Gestalt eines neuen Briefes, den Staatssekretär Dr. Meißner am Donnerstag nachmittag um 3 Uhr überreichte. Über den Inhalt des neuen Briefes an Hitler wird amtlich folgendes mitgeteilt:

"In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen, und hat seinerseits vorgeschlagen, dass der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung beauftragen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen sollte.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine Präsidialvollmachten zu geben, und da er befürchtet hätte, dass ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden wird."

Adolf Hitler hat dem Reichspräsidenten daraufhin nochmals in einem Schreiben geantwortet, in dem er betont, dass er den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht für ausichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet habe. Er habe nicht die Führung eines Präsidial-Kabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Bildung der deutschen Regierungskräfte unterbreitet. Ferner habe er auch nicht nur eine Partei-Diktatur verlangt, sondern sei auch jetzt bereit, mit allen anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen.

Prälat Kaas beim Reichspräsidenten.

Nach dem Scheitern des mit Hitler unternommenen Versuchs hat sich Reichspräsident von Hindenburg entschlossen, den Führer der Zentrumspartei, Prälaten Kaas, zu einer Ansprache über die nunmehr geschaffene politische Lage zu sich zu bitten. Prälat Kaas erschien gestern abend um 5½ Uhr im Reichspräsidenten-Palais. Nach einer längeren Besprechung erhielt er den Auftrag, sich mit den Führern des Zentrums, der Deutschnationalen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei in Verbindung zu setzen, um festzustellen, ob auf diesem Wege nicht eine Klärung der Lage herbeigeführt werden könne. Prälat Kaas hat den Auftrag angenommen.

Im Namen der Zentrumspartei verwarnte sich Prälat Kaas gegen die eventuelle Rückkehr des Herren von Papen und forderte, dass der Reichspräsident von Hindenburg auf dieses Amt eine Persönlichkeit berufe, die das Vertrauen der parlamentarischen Kreise genießt. Die "Berliner Börsen-Zeitung" weist dabei mit allem Nachdruck auf die Person des Generals von Schleicher hin, an den sich Reichspräsident von Hindenburg jetzt mit einem wirksamen Appell wenden könnte. Das "Berliner Tageblatt" stellt fest, dass Hindenburg in jedem Falle die Regierungskrise bis Sonnabend, spätestens bis Sonntag zu liquidierten beabsichtige. Der "Berliner Lokal-Anzeiger" kündet

eine neue Audienz Hugenberg's beim Reichspräsidenten an. Das Blatt teilt im Zusammenhang damit mit, dass Hitler gestern nicht allein mit Hugenberg, sondern auch mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei Schaeffer konfiliert hat.

Die Parteiführer verhandeln.

Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Zentrumsführer Prälat Kaas wird im Laufe des heutigen Vormittags und Nachmittags Besprechungen mit den Parteiführern über die Lage haben, die nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Hitler und dem Reichspräsidenten entstanden ist. Der Auftrag, eine Regierung zu bilden, oder Verhandlungen über die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu führen, hat er nicht. Er wird sich darauf beschränken, festzustellen, wie jetzt die Lage ist und wie die verschiedenen Parteiführer sie aussähen. Über das Ergebnis seiner Besprechungen wird er heute nachmittag Bericht erstatten. Eine parteiamtliche Mitteilung über die Ergebnisse seiner Besprechungen wird vor dem Bericht an den Reichspräsidenten von der Zentrums-Parteileitung nicht ausgegeben werden. Wie weit der Kreis der Besprechungen des Prälaten Kaas sich erstrecken wird, insbesondere ob auch der Führer der Sozialdemokratischen Partei mit einbezogen werden wird, wird nicht mitgeteilt.

Der geistige Empfang Hugenberg's, Dingeldey's und Dr. Schaeffers durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten bezog sich, wie verlautet, lediglich auf eine Unterredung über die entstandene Lage. irgend welche Gröterungen über die Möglichkeiten, wie weiter verfahren werden kann, habe nicht stattgefunden. Prälat Kaas, der vom Reichspräsidenten persönlich empfangen wurde, ist dann gebeten worden, sich über die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu unterrichten und hierüber dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten.

Hitler verhandelt mit Hugenberg.

Die Unterredung, die gestern nachmittag zwischen Hitler und Hugenberg an einem dritten Ort stattfand, konnte nach Lage der Dinge gleichfalls nur der Gröterung der Lage dienen, nachdem von der vorher, bereits am Sonntag, ausgesprochenen Bereitwilligkeit Hugenberg's zu einer solchen Unterredung erst in einem Zeitpunkt Gebrauch gemacht wurde, in der auf die tatsächliche Entwicklung der Lage durch eine solche Unterredung ein Einfluss nicht mehr ausgeübt werden konnte.

Presse-Empfang beim Reichstagspräsidenten Goering.

In Vertretung Hitler empfang gestern Reichstagspräsident Goering Vertreter der reichsdeutschen und Auslands-presse und erklärte u. a., es sei sehr wahrscheinlich, dass die Krise nach einem von vornherein aufgestellten Plan hervorgerufen worden sei, um einen Beweis für die Unmöglichkeit zu liefern, eine Regierung der parlamentarischen Mehrheit zu bilden. Auf diese Weise habe man eine Grundlage zur Umbildung und Stärkung eines Präsidialkabinetts mit Herrn von Papen oder einer anderen Persönlichkeit an der Spitze erlangen wollen. Nach Ansicht der Nationalsozialisten, so betont Goering weiter, bedeutet der Abschluss der Diskussion zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler noch nicht den Abruch sämtlicher Brücken; denn man wisse nicht, was die Zeit bringen werde. Soviel stehe aber fest, dass die Nationalsozialistische Partei jede jetzt gebildete Regierung mit derselben Rücksichtslosigkeit bekämpfen werde, wie sie gegenüber dem Kabinett Papen getan habe.

Die Krisen-Dokumente.

Bon amtl. Seite wird jetzt in Berlin der gesamte Schriftwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und der Führung der Nationalsozialistischen Partei mitgeteilt. Wir teilen daraus folgendes mit:

In der Unterredung, die am Sonnabend, 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, dass er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, dass er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen.

Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, dem 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

"Sie wissen, dass ich den Gedanken eines Präsidial-Kabinetts vertrete. Ich verstehe unter einem Präsidial-Kabinett ein Kabinett, das nicht von einem Partei-

führer, sondern von einem überparteilichen Manne geführt wird, und dass dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, dass Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Gedanken eingehe, so muss ich verlangen, dass ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erfrage ich Sie, als den Führer der stärksten Partei, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstag abend."

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungss- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms. Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen. Keine Einschränkung des Artikels 48.
2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des

Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung."

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Am gleichen Tage stellte bekanntlich Adolf Hitler in einem Schreiben an Staatssekretär Dr. Meißner einige Rückfragen, in dem er vor allem um die Klärung der Frage bat, ob der Reichspräsident ein Präsidialkabinett unter Sicherstellung der verfassungsmäßig möglichen parlamentarischen Tolerierung, oder ein parlamentarisches Kabinett mit den bekannten Vorbehalten und Einschränkungen wolle, die ihrem ganzen Wesen nach nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und versprochen werden könnten.

In einem längeren Schreiben legte Staatssekretär Meißner die Auffassung des Reichspräsidenten von einem Präsidialkabinett dar und fügte hinzu, daß es sich bei dem an Hitler erteilten Auftrage nur um die Bildung eines parlamentarischen Mehrheitskabinetts handele.

Dieses Schreiben wiederum beantwortete Adolf Hitler mit dem am Dienstag überreichten ausführlichen Memorandum, in dem er nach längeren staatsrechtlichen Ausführungen über den Charakter eines Präsidialkabinetts den ihm erteilten Auftrag in der vorliegenden Form ablehnte.

Hitlers Vorschlag.

Dieser letzte Teil der Hitlerischen Antwort, die auch den von ihm gemachten und bisher noch nicht authentisch bekannten Gegenvorschlag unterbreitet, hat folgenden Wortlaut:

"Den mir am Montag, dem 21. d. M. vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Unzufriedenheit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück."

Angesichts der trostlosen Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Letztes zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos versinken, möchte ich nach wie vor dem ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Feldmarschall des Weltkrieges die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Hoffnung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer nur verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tage der Auftragserfüllung an binnen 48 Stunden ein Kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.

2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.

3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsausßenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verliehen worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlandes.

Indem ich Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, für diese Übermittlung danke, verbleibe ich

in vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
ges. Adolf Hitler.

Hindenburgs Ablehnung.

Die ablehnende Antwort des Herrn Reichspräsidenten auf diesen Vorschlag Adolf Hitlers erfolgte in dem oben inhaltlich wiedergegebenen Brief des Staatssekretärs Dr. Meißner. Aus diesem Schreiben an den nationalsozialistischen Führer geht hervor, daß General von Schleicher am Mittwoch abend mit Wissen des Reichspräsidenten eine längere Konferenz mit Hitler abgehalten hat, in der dieser in entschädigender Weise jegliche Mitarbeit mit einem Kabinett abgelehnt habe, das von irgend einer anderen Persönlichkeit als ihm selbst geführt werde. Hindenburg hat trotzdem durch den Staatssekretär Meißner der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß es ihm gelingen werde, die nationalsozialistische Bewegung für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Tür zum Reichspräsidenten-Palais steht Hitler zu Verhandlungen jederzeit offen, in der Voraussetzung, daß sich die Nationalsozialisten auf ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber besinnen und sich an der neuen Regierung beteiligen.

Hitlers letzter Brief.

Von nationalsozialistischer Seite wird außerdem das letzte Schreiben Hitlers an Staatssekretär Dr. Meißner bekanntgegeben. Er datiert vom 24. November, 1930 Uhr:

"Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

Indem ich Ihr Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlags zur Lösung der Krise durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend noch ein paar Feststellungen treffen.

1. Ich habe nicht den Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung für aussichtslos gehalten, sondern ihn nur infolge der daran geknüpften Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß, wenn Bedingungen gestellt werden, diese in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Führung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungsfrage unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammensatzens mit der Volksvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzlichen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur eine Parteidiktatur verlangt, sondern war wie im August dieses Jahres so auch jetzt bereit, mit allen anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen müssten erfolglos bleiben, weil an sich die Absicht bestand, das Kabinett Papen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten.

Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen aufbauwilligen Kräften der Nation gewinnen zu wollen, da ich dazu trotz schwerster Anfeindungen schon in diesem Sommer alles nur Mögliche getan habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine ausbaufähige Kraft zu sehen. Und ich habe je auch in der Beurteilung der Tätigkeit und des Misserfolges der Tätigkeit dieses Kabinetts bisher recht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewarnt vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit und werde auch in der Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen, als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich meinem Gewissen, der Ehre der von mir geführten Bewegung und der Existenz der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weiteren Verelendung entgegengeführt werden.

Im übrigen bitte ich Seiner Exzellenz, den Herrn Reichspräsidenten, nach wie vor den Ausdruck meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener
ges. Adolf Hitler."

Aufruf Hitlers zur Lage.

Berlin, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der nationalsozialistische "Angriff" veröffentlicht folgenden Aufruf Hitlers zur Lage:

"Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen,
Parteigenossen!"

Schon nach kurzer Beobachtung der Tätigkeit des Kabinetts von Papen habe ich meiner Einsicht und Überzeugung entsprechend die Folgen vorausgesehen, die nun gekommen sind.

Als Herr von Papen die Arbeitslosenzahl bis zum Beginn dieses Winters um zwei Millionen zu senken versprach, die wirtschaftliche Not zu heben vorgab, die innen- und außenpolitischen Fragen einer Lösung entgegenzuführen versicherte, waren unzählige Deutsche mit einem Schlag von gläubigem Vertrauen erfüllt. Ich habe damals gewarnt und mehr als Recht behalten.

Die Wirtschaftsnot dauert an. Die Arbeitslosenzahl steigt, die Isolierung des Reiches der übrigen Welt gegenüber ist fast vollendet.

Noch nie hat in Deutschland ein Kabinett mehr Macht gehabt, noch nie auch mehr versagt als diese Regierung einer kleinen exklusiven Schicht unseres Volkes.

Heute werden wir Millionen der Anhänger unserer Bewegung immerhin dankbar sein, daß ich die Partei, in der sich eine lebte Reserve des deutschen Glaubens, deutscher Kraft und deutschen Hoffens befindet, nicht mit diesem unseligen politischen und wirtschaftspolitischen Dilettantismus verbunden habe.

Ich kann das noch viel weniger in Zukunft tun, wenngleich diese Regierung ihr unheilvolles Wirken fortsetzen wird. Ich kann das im Augenblick nicht verhindern. Allein deshalb nicht, solange ich leben werde, eine Preisgabe unserer einzigen Bewegung an diese Regierung nicht möglich."

Eine polnische Pressestimme.

Die Regierungskrise in Deutschland wird von der gesamten polnischen Presse mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt, ohne daß die Blätter jedoch eine eigene Stellungnahme erkennen lassen. Man begnügt sich im wesentlichen mit Zusammenstellungen der Ereignisse und mit Stimmen der Auslands presse. Eine Ausnahme macht der Krakauer "Gas", das Organ des konservativen Flügels des Regierungsblocks, der in einem längeren Artikel auf den Ursprung der Krisis eingeht und zu folgenden merkwürdigen Schlussfolgerungen kommt:

"Die deutsche Politik geht uns vor allem von dem Gesichtspunkt ihres Verhältnisses zu den Interessen Polens aus gesehen — etwas an. So ist es auch um unser Interesse an den gegenwärtig aktuellen innerpolitischen Ereignissen in Deutschland bestellt. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man schon heute versuchen, eine Antwort auf die Frage zu geben, welchen Einfluß die Regierungskrise des Herrn von Papen auf die deutsch-polnischen Beziehungen ausübt. Wir gehen von der Voraussetzung aus, daß jede innere Schwächung und jede äußere Isolierung Deutschlands für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen vorteilhaft ist. Eine Schwächung der Kräfte Deutschlands wirkt auf eine für Polen günstige Änderung der gegenseitigen Kräfteverteilung. Die natürliche Entwicklung der Bevölkerungsbewegung, ja sogar die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bewegt sich in der Richtung dieses Ausgleichs, der mit der Zeit eintreten wird. Jede deutsche Krise beschleunigt diesen Ausgleich. (Das ist wahrhaftig ein trauriger Selbstbetrug! D. R.)

"Nach dem November 1918 hatte Deutschland aufgehört, ein Subjekt der internationalen Politik zu sein. Die Stabilisierung der Jahre 1923—1930 gab ihm diese Rolle immer mehr wieder. Mit dem Jahre 1930 begann die Wendung. Die Gesten der Energie, die Erlangung gewisser Erfolge — die Ära ist noch nicht beendet — sind eine diskutierte Errungenschaft der Ära Stresemann. Der Mangel einer inneren Stabilisierung, der, wie es scheint, ziemlich lange Deutschland drohen wird, begünstigt die freie Bewegung in der internationalen Ära nicht. Das Kräfteverhältnis erfährt eine Änderung, doch nicht zu unseren Ungunsten . . ." (Man merkt, auch der "Gas" kann die Zeit nicht mehr begreifen! D. R.)

Spionage-Prozeß in Königsberg.

Königsberg, 25. November. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem Standgericht fand gestern eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Gerichtspräsidenten Drzadowski gegen den 20jährigen Sohn Günther des Gutsbesitzers Jagelski aus Baldau (Kreis Dieskau) statt. Die Verhandlung erfolgte unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die erst bei der Urteilsverkündung hergestellt wurde. Der Angeklagte wurde zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt.

Bor einem französisch-japanischen Bündnis?

In Amerika ist man verstimmt.

Wie der "Boss. Btg." von ihrem Berichterstatter in Washington gemeldet wird, ruft die Haltung Frankreichs bei den Auseinandersetzungen über den mandschurischen Konflikt in amerikanischen politischen Kreisen eine tiefsitzende Unruhe hervor. Pariser Meldungen sagen bereits eine französisch-japanische Allianz voraus, wobei mit einer französischen Kredithilfe für Japan gerechnet wird.

Washington sympathisiert mit dem Lynton-Vertrag und sieht, ganz abgesehen von der Verstärkung der amerikanischen Handelsinteressen durch die japanische Besetzung, in der Annexion der Mandchurie eine schwere Bedrohung des Weltfriedens. Frankreichs fernöstliche Sonderpolitik stellt nach Auffassung maßgebender Persönlichkeiten auch die Ehrlichkeit der französischen Völkerbundspolitik in Frage. Sie gefährde die Generalkonferenz und erschwere der Amerikanischen Regierung die Abwicklung einer Schuldenlösung, vor allem mit Frankreich.

Die amerikanische Presse meldet, daß die japanische Diplomatie in ganz Südamerika eine intensive Propaganda betreibt, indem sie die Washingtoner Latein-Amerika-Politik als imperialistisch verdammt und die Errichtung eines selbständigen mandschurischen Staates als Schritt zur Rettung vor dem Kommunismus anpreist.

Frankreichs unnachgiebige Haltung.

Paris, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die unnachgiebige Haltung Paul-Boncour gegenüber dem englisch-amerikanischen Druck in Richtung auf eine Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungs-Forderung findet in der französischen Presse einen günstigen Widerhall. Das "Journal" erklärt, die beste Weise, Deutschland wieder zur Rückkehr in die Abrüstungs-Konferenz zu bewegen, sei, den Deutschen zu zeigen, daß ihre Unnachgiebigkeit die Arbeit nicht aufhalte. Immerhin müsse man sich klar darüber sein, daß, wie man auch diese Frage angreife, Frankreich allein gegenüber England, Amerika und Italien stände. Pertinax erklärt im "Echo de Paris", daß man auf französischer Seite hoffe, die Engländer und Amerikaner würden endlich die Frage der deutschen Gleichberechtigung überkommen und der Einberufung des allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz zustimmen. Pertinax hält die Erwartung aber selbst für allzu optimistisch. Der "Petit Parisien" ist der Ansicht, daß der Standpunkt, den Paul-Boncour dem englischen Außenminister gegenüber eingenommen habe und an dem er festhalten werde, "außerordentlich gut begründet" sei.

Der französische Abordnungsführer habe darauf hingewiesen, daß der von ihm eingereichte Abrüstungsplan durch Abänderung des Teiles V des Versailler Vertrages den deutschen Forderungen weitgehende Genugtuung gewährt habe. Die radikalsozialistische "Republique" warnt die Regierung vor dem Scheitern der Abrüstungskonferenz, weil es die Gefahr eines finanziellen Zusammenbruches Frankreichs, die Gefahr einer Vereinsamung und die Gefahr einer materiellen Unterlegenheit gegenüber Deutschland mit sich bringt.

Deutsches Reich.

Keine Auflösung der Pädagogischen Akademien.

Der kommissarische Leiter des Preußischen Kultusministeriums, Professor Kähler, erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der "Magdeburg. Zeitung" u. a.:

Die Pädagogischen Akademien werden am 1. April 1933 nicht geschlossen werden. In Besprechungen mit dem Finanzministerium habe ich hierüber schon endgültige Klarheit geschaffen. Es ist bekannt, daß ich die Pädagogischen Akademien in ihrer jetzigen Form für keine Ideallösung halte, ich würde es aber für einen schweren Fehler halten, wenn man, wie seinerzeit 1919 die Lehrerseminare, nun mit einem Schlag die Pädagogischen Akademien beseitigen würde."

Rücktritt des Rundfunkkommissars Scholz.

Amtlich wird mitgeteilt: Nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks tritt der Rundfunkkommissar Ministerialrat Scholz wieder in das Reichsministerium des Innern zurück. Der Reichsminister des Innern hat Ministerialrat Scholz seinen Dank für die hingebende und erfolgreiche Arbeit bei der Neuordnung des Rundfunks ausgesprochen. Mit der vorläufigen Vertretung des Rundfunkkommissars ist der Rundfunkreferent im Reichsministerium des Innern, Überregierungsrat Dr. Conrad beauftragt worden. Die endgültige Besetzung der Stelle ist ausschließlich Sache des Reichsministers des Innern. Ein Beamter des Reichsministeriums des Innern ist dafür nicht in Aussicht genommen.

Keine Auswertung rotestempelter Tausendmärker.

Die "Allgemeine Volkspartei" und ihr Vorsitzender, Verlagsbuchhändler Nölle in Berlin-Charlottenburg, hatten erneut gegen die Reichsbank Klage auf Aufwertung der alten Tausendmarkscheine bzw. der Vorkriegsbanknoten überhaupt erhoben. Die Klage ist sowohl von den Berliner Gerichten wie jetzt auch vom Reichsgericht abgewiesen worden. In der Rücksicht auf frühere Zusicherungen bei Goldlieferungen getäuscht fühlen und nun behaupten konnten, daß neue Bankgesetze verstöße gegen Treu und Glauben. Mit derartigen Argumenten könnte die Anwendung gesetzlicher Bestimmungen jedoch nicht geschlossen werden.

700 Landgüter kommen unter den Hammer und suchen einen Käufer.

Die Landwirtschaftliche Credit-Gesellschaft in Warschau hat für die Zeit von Ende November bis Mitte Dezember 700 im ehemaligen Kongresspolen und in den Ostgebieten gelegene Landgüter im zweiten Termin zum Verkauf gestellt. Es handelt sich hierbei um solche Güter, die bei der ersten Zwangsvollstreckung keine Käufer fanden. Den verpflichtenden Bestimmungen folgen gehen die Güter, die auch im zweiten Termin infolge Mangels an Käufern nicht zwangsversteigert werden können, in den Besitz der Landwirtschaftlichen Credit-Gesellschaft über.

Aus der Praxis der Steuereintreiber.

Der Besitzer des Landgutes Ostrom, Kreis Janow, war dem Staate 150 Złoty für übständige Steuern schuldig. Wie üblich kam zu ihm der Steuerekitor, um durch eine Zwangsversteigerung die Steuersumme einzutreiben. Nun ist es heute bereits so weit, daß jeder einigermaßen gefühlvolle Mensch auf einer Zwangsversteigerung nichts faust. So fanden sich auch hier keine Käufer. Der Ekitor beschlagnahmte daher 10 Schweine und nahm diese mit. Nach 10 Tagen konnte er die Schweine sogar — o Wunder! — für 440 Złoty verkaufen. Die erzielte Summe war also dreimal so hoch wie die eigentliche Steuerschuld des Gutsbesitzers und der Verlust desselben unbedingt bedeutend.

Wer nun denkt, daß damit die Sache erledigt war, der beweist damit, daß er die Methoden der Steuerbehörden schlecht kennt. Der Ekitor hatte nämlich errechnet, daß die erzielten 440 Złoty gerade zur Deckung der durch die Execution und die Fütterung der beschlagnahmten Schweine entstandenen Unkosten ausreichten. Die Steuerschuld des Gutsbesitzers in der vollen Höhe von 150 Złoty blieb trotzdem offen und eine neue Visitation mit neuen ungehnten Kosten wird bald wieder erfolgen.

Solche und ähnliche Steuereintreibungen gehören heute — so bemerkt die Lodzer „Volkszeitung“ — zu den alltäglichen Erscheinungen des Landes und werden, falls dieser Willkür nicht bald Einhalt geboten wird, in nicht allzu ferner Zeit den vollkommenen Ruin der Landwirtschaft zur Folge haben.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 25. November.

Bewölkungsabnahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet nach vorübergehender Eintrübung Bewölkungsabnahme bei ansteigenden Temperaturen an.

Kindergottesdienst und Kirche.

Die polizeiliche Schließung einer Reihe von Kindergottesdiensten, die von freiwilligen Helfern und in nichtkirchlichem Raum gehalten wurden, hat sich seit dem Frühjahr mehrfach wiederholt. Noch Ende Oktober ist in dem Dorfe Salzdorf bei Schubin ein von einem Diakon seit 5 Jahren geleiteter Kindergottesdienst verboten worden. Die Einrichtung der Kindergottesdienste besteht seit 150 Jahren überall in der evangelischen Welt; sie gehört hinein in den Rahmen des kirchlichen und gottesdienstlichen Lebens, auch wenn dieser Gottesdienst für Kinder nicht im Kirchenraum und nicht vom ordinierten Pfarrer gehalten wird. In Polen aber scheint — das wurde unlängst sogar im Hause der Lords in London festgestellt — nach solchen Vorgängen diese Selbstverständlichkeit nicht festzustehen; deshalb hat sich die unterte evangelische Kirche genötigt gesehen, dieser Auffassung besonderen Nachdruck zu verleihen durch Veröffentlichung einer kirchlichen Ordnung für den Kindergottesdienst. Darin heißt es, daß die Abhaltung des Kindergottesdienstes zu den Obliegenheiten des Pfarramtes gehört. Wenn aber, wie es in den besonderen Verhältnissen der Diaspora in Polen recht häufig vorkommt, der Pfarrer nicht selbst den Kindergottesdienst in den einzelnen Ortsgemeinden und in der Kirche halten kann, so ist es angebracht, entsprechend dem in der evangelischen Kirche geltenden Grundsatz vom allgemeinen Priesteramt, Kindergottesdienst durch von der Kirche beauftragte freie Kräfte einzurichten. Solche freien Kräfte sind: Kirchenälteste, Pfarrfrauen, Pfarrgehilfinnen, Diakone, Diakonissen, Gemeindehelfer und Gemeindehelferinnen und andere freiwillige Kräfte, die sich zu diesem Dienst bereit finden.

Da ein evangelischer Gottesdienst nicht auf einen bestimmten Raum angewiesen ist, kann der Kindergottesdienst auch in einem anderen geeigneten Raum gehalten werden. Nach der neuen Ordnung soll ein Kindergottesdienst, der neu eingerichtet wird, von jetzt ab in Anwesenheit der Eltern der Kinder durch den zuständigen Geistlichen, in besonderen Fällen durch den Superintendenten des Kirchenkreises eröffnet werden. Der Geistliche stellt dabei die Persönlichkeit vor, die in Zukunft den Kindergottesdienst halten wird und führt sie in ihre Tätigkeit ein. Wo bereits ein Kindergottesdienst in der üblichen Form besteht, ist diese Einführung nicht notwendig, jedoch soll in einer Sitzung des Gemeindelichenrates und durch Vermerk im Protokoll die Abhaltung des Kindergottesdienstes ausdrücklich als kirchliche Arbeit anerkannt werden. Nach wie vor behält der Kindergottesdienst seine Aufgabe, die Kinder durch Unterweisung im Worte Gottes zum Glauben zu führen und fernerhin den Charakter einer gottesdienstlichen Feierstunde. Obwohl derartige rein kirchliche und religiöse Veranstaltungen weder anmelden noch genehmigt sind, hat das Konistorium doch die Anweisung erteilt, daß in jedem Fall, wo der Kindergottesdienst nicht in einem kirchlichen Raum gehalten wird, dem Kreisinspektor von der Einrichtung und von dem Bestehen eines Kindergottesdienstes Mitteilung gemacht wird. Dadurch wird hoffentlich endlich dem Missbrauch, das gegen die Einrichtung der Kindergottesdienste bestehet, die Spitze abgebrochen und vor allem der Abhaltung der Kindergottesdienste keine neuen Schwierigkeiten gemacht werden.

Wert und Segen des Kindergottesdienstes dürfte nirgends so hoch einzuschätzen sein wie in der evangelischen Diaspora, wo viele Kinder auf den Religionsunterricht verzichten müssen. Darum sollte es allen Eltern selbstverständlich werden.



Bei unfreundlicher Witterung

überhaupt immer in der kälteren Jahreszeit reiben Sie Gesicht und Hände täglich mit Nivea-Creme ein, — nicht nur allabendlich, sondern auch am Tage, bevor Sie ins Freie hinausgehen.

NIVEA-CREME

schützt Ihre Haut vor rauer Witterung und erhält sie weich und geschmeidig. Zu ersetzen ist Nivea-Creme nicht, denn ihre besondere Wirkung beruht auf dem nur ihr eigenen Gehalt an hautpflegendem Eucerit. Ohne einen Glanz zu hinterlassen, dringt sie schnell und vollkommen in die Haut ein, und nur die eingedrungene Creme kann ihre wohltuende Wirkung ausüben.

Nivea-Creme in Dosen: Zt. 0,40 bis 2,60, in Tuben: Zt. 1,35 und 2,25

lich sein, ihre Kinder in den Kindergottesdienst zu schicken und dafür zu sorgen, daß in jeder Gemeinde und in jedem Dorfe Kindergottesdienst eingerichtet wird. pz.

Neue Einteilung der Schulferien.

Im Zusammenhang mit der kürzlich von uns gebrachten Meldung über eine neue Organisation des Schuljahres erfährt der „Kurjer Polski“, daß die betr. Verordnung des Ministers für religiöse Bekennnisse und öffentliches Bildungswesen bereits mit in diesem Jahre verpflichtender Kraft erlassen wurde. Danach endet also das erste Schulhalbjahr am 22. Dezember. Die Winterferien dauern vom 23. Dezember 1932 bis zum 15. Januar 1933 einschließlich. Die Verordnung sieht ferner vor, daß die Oster-Ferien nur eine Woche und die Sommer-Ferien vom 16. Juni bis zum 19. August eines jeden Jahres dauern sollen.

§ Elektrifizierung der Eisenbahnen in Polen? Der „Kurjer Poznański“ bringt eine Meldung, wonach sich in Paris eine große Finanzgruppe organisieren soll, um die Elektrifizierung der Eisenbahnen in Polen, Rumänien, Portugal und im Irak durchzuführen. Die Gesellschaft soll sich zusammensetzen aus 40 Prozent englischen, 40 Prozent französischen und 20 Prozent deutschen Kapitals und über ein Kapital von 17 Milliarden französischer Franks verfügen. Der Anteil Englands soll nach dem Tageskurse rund 54 Millionen Pfund Sterling betragen. Entsprechend der Kapitalzusammensetzung sollen die englischen und französischen Industrien, die an der Elektrifizierung partizipieren, je 40 Prozent und die deutschen Firmen 20 Prozent der entfallenden Aufträge erhalten. Das Konsortium wird, wie es in dem genannten Blatt weiter heißt, vom französischen Unterstaatssekretär Patenote organisiert, der gleichzeitig Präsident der französischen Gruppe des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees ist. — Es empfiehlt sich, die Meldung mit allem Vorbehalt aufzunehmen.

§ Winterhilfe im Advent. Weihnachtsvorbereitungen beschäftigen uns auch in diesem Jahr trotz aller Sparsamkeit und aller Einschränkungen. Vielleicht sogar mehr als sonst, weil die Neuan schaffungen vom Staat gestrichen werden und man versuchen will, Altes noch einmal aufzurüsten und zu verwerten. Die beste Gelegenheit ist zur Winterhilfe für unsere Handwerker und Heimarbeiterinnen. Da kann zerbrochenes Spielzeug wieder heil gemacht werden, aus ganz einfachen Mitteln entstehen dauerhafte und gebiegene Spielsachen, da werden alte Möbel aufgerichtet oder modernisiert, neue Lampen und Lampenschirme gearbeitet, und was gibt es alles zu nähen, zu stricken, zu häkeln und zu sticken. Die viel geplagte Mutter kann das ja nicht allein bewältigen, aber fleißige Finger, die auf solche Arbeit sehnsüchtig warten, gibt es überall. Für sie ist es das schönste Weihnachtsgeschenk, daß Weihnacht Arbeit bringt. So kann man mit einem kleinen Arbeitsauftrag doppelt und dreifach Freude machen. Man muß nur eine Gabe bestehen: erforderlich sein. Aber die Liebe, die tatkräftig mitwirken will an der Winterhilfe, macht ja auch erforderlich.

§ Die Feuerwehr wurde am Donnerstag gegen 12.25 Uhr nach dem Hause Kujawierstraße 72 gerufen. Dort war durch spielende Kinder Stroh in einer Küche in Brand geraten. Die Wehr konnte nach halbstündiger Tätigkeit wieder abrücken.

§ Entgleist sind im Laufe des gestrigen Nachmittags in der Nähe von Prusik zwei Wagen eines Güterzuges. Personen kamen dabei nicht zu Schaden, dagegen erfuhr der Bahnverkehr auf der Strecke Bromberg—Danzig nicht unerhebliche Störungen; er konnte nur durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Die Züge trafen hier mit bedeutsamer Verzögerung ein. So konnte der Personenzug aus Laskowit, der gegen 8 Uhr abends hier einzulaufen hat, erst um 12 Uhr Bromberg erreichen.

§ Einbrecher vor Gericht. Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich wegen Einbruchsdiebstahl und Hohlerei zu verantworten: der Arbeiter Wladyslaw Czech, 33 Jahre alt, in den Baracken wohnhaft, sieben mal vorbestraft mit einer Gesamtstrafe von 15 Jahren, der Arbeiter Anton Kokoszynski, 30 Jahre alt, ebenfalls in den Baracken wohnhaft, acht mal vorbestraft mit zusammen 18 Jahren, der Arbeiter Felix Lewandowski von hier, 44 Jahre alt, fünf mal vorbestraft, der Schuhmacher Gustav Kelic, 38 Jahre alt, dreimal vorbestraft, und die Köchin Alma Bork, 20 Jahre alt, aus Bromberg. Die Angeklagten Czech und Kokoszynski verübten im Juli und August d. J. verschiedene Einbruchsdiebstähle. So entwendete sie aus der Wohnung des Teofil Arndt zwei Armbänder und verschiedene andere Gegenstände im Werte von 1500 Złoty. Außerdem brachen sie in das Geschäft von Lukullus in und stahlen hier 50 Złoty in bar und Schokoladen im Werte von 280 Złoty. Kokoszynski verübte dann noch einen Einbruch bei Stanislaw Winkler, wobei ihm ein Sparbuch sowie ein Silberfuchs im Werte von 900 Złoty in die Hände fielen. Czech und K. bekennen sich zu den Diebstählen. Die gestohlenen Gegenstände wurden zu der Bork geschafft. Lewandowski erhielt 15 Tafeln Schokolade, die er auf dem Elisabethmarkt zu 80 Groschen das Stück verkaufte. Kelic, der sich wegen Überredung zum Diebstahl und Hohlerei zu verantworten hat, streitet alles ab. Er will die Sachen gekauft haben, ohne zu wissen, daß sie von Diebstählen herrühren. Dasselbe behauptet auch die Bork. Das Gericht verurteilte die Angeklagten zu folgenden Strafen: Czech erhält 2 Jahre Gefängnis, Kokoszynski 2 Jahre und 2 Monate, Kelic 1 Jahr, wovon 6 Monate unter Amnestie fallen. Lewandowski und die Bork wurden freigesprochen.

§ Wegen Körperverletzung hatten sich der 32jährige Josef und der 27jährige Piotr Szuszek aus dem Kreise Bromberg vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Am 30. Oktober 1930 fuhr der Landwirt Czeslaw Janicki mit seiner Mutter die Chaalsee nach Rybinen entlang, auf der ihnen die Brüder Szuszek entgegenkamen. Wegen nicht rechtzeitigen Ausweichens kam es zwischen den Genannten zu einem Streit, der in eine Schlägerei ausartete, in deren Verlauf Janicki schwer verwundet wurde. Josef Sz. schlug mit einer Flasche auf J. ein, während der Bruder zum Messer griff und ihm mehrere Stiche in die Lunge versetzte. Infolge der schweren Verwundungen mußte J. 50 Tage zu Bett liegen und fühlte sich bis heute noch nicht gesund. Das Gericht verurteilte Josef zu 5 Monaten und Piotr Sz. zu 8 Monaten Gefängnis. Beide wurde die Strafe auf Grund der Amnestie erlassen.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten

Päd. Verein Bromberg. Sitzung am 26. Nov., 16^½ Uhr, Dregerisches Lyzeum, Petersson 1. Pfr. Henner-Thorn Lichtbildvortrag: Aus der Geschichte Thorn. Gäste willkommen! (4867)

§ Argenau (Gniwko), 24. November. Auf dem heutigen Wochenmarkt kostete die Butter 1,50—1,70, Eier die Mandel 1,80—2,20 und Kartoffeln 1,80—2,00 der Zentner. Läuferschweine brachten 30—35 Złoty das Stück und Absatzferkel je nach Größe und Alter 20—24 Złoty das Paar. — Bei dem regen Verkehr auf dem Wochenmarkt hatte ein Langfinger es verstanden, einer Frau vom Wagen eine Handtasche mit 45 Złoty Bargeld zu entwenden. — Die Freiheit der Einbrecher kennt keine Grenzen mehr. Als am letzten Sonntag eine Familie aus Suchatówko hierher zur Kirche kam, erbrachen Diese den verschlossenen Viehstall dieser Familie und entwendeten daraus die beste Kuh, welche sie nach dem nahen Walde führten. Gleich darauf nahmen Nachbarsleute die Verfolgung der Banditen auf; diese ließen die Kuh im Walde stehen und ließen davon. Von den Dieben fehlt jede Spur.

§ Crone (Koronowo), 22. November. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,30—1,50 das Pfund, Eier 2,20—2,30 die Mandel. Mastschweine brachten 42—45 Złoty der Zentner, Bacon-schweine 40—41 Złoty, Absatzferkel 27—38 Złoty das Paar. — Auf dem heutigen Holzterm in der Obersförsterei Rosengrund brachte Kiesernbauholz 3. Klasse 13—14 Złoty der Festmeter.

§ Inowrocław, 24. November. Einen Selbstmordversuch verübte am heutigen Donnerstag, vormittags gegen 11 Uhr, an der Marienkirche ein Mann, indem er eine Flasche Salzsäure austrank. In schwererem Zustande brachte man ihn in das hiesige Kreiskrankenhaus, wo sich herausstellte, daß der Lebensmüde der Dachdecker Wladyslaw Badaszewski von hier ist. — In bedenklichem Zustande wurde am Mittwoch nachmittag der 24 Jahre alte Landwirtsohn Jan Noltrad aus Szymborze bei Inowrocław in das hiesige Kreiskrankenhaus eingeliefert. Derselbe war mit noch anderen Landwirtschänen auf dem Gehöft des Landwirts Posadzy in Szymborze beim Dreschen beschäftigt. Nach einiger Zeit wollte der Sohn des Posadzy mit Noltrad den Platz wechseln. Der letztere geriet mit einem Fuß in das Getriebe, wobei ihm das Bein bis zum Schenkel abgerissen wurde.

§ Mrotoschen (Mrocza), 24. November. Gestern abend erschien der Besitzer Boczik aus Kaczmirowo mit dem Gerichtsvollzieher bei seinem Einwohner, um ihn zu verhören. Der Arbeiter erklärte, er habe die Sachen bereits gepackt, werde aber erst dann ziehen, wenn der Besitzer ihm seinen rückständigen Lohn ausgezahlt habe. Es kam zu einem scharen Wortschlag, in dessen Verlauf B. einen Browning ergriff und auf K. schoß. In die Brust getroffen brach der Arbeiter zusammen; in bedenklichem Zustande wurde er nach Nakel ins Krankenhaus gebracht. Der Besitzer wurde verhaftet.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. November 1932.
Krakau + 2,91, Jawischowitz + 0,78, Warschau + 0,79, Plock + 0,65, Thorn + 0,55, Tordon + 0,55, Culm + 0,42, Graudenz + 0,61, Kurzebrze + 0,86, Bielefeld + 0,08, Dirichau — 0,05, Einlage + 2,16, Schiewenhorst + 2,36.

Chef-Redakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arnulf Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Herke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dietmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 272.

Bromberg, Sonnabend den 26. November 1932.

Pommerellen.

25. November.

Graudenz (Grudziądz).

Hauptversammlung des Graudenzer Rudervereins

Mittwoch abend hatte der Graudenzer Ruderverein in der Luge seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung. Nach Begrüßungsworten erstattete der 1. Vorsteher, Kaufmann Karl Meißner, den Jahresbericht, der die Wirksamkeit des Vereins in ausführlicher Weise darstellte. Der Verein hat sich in den vergangenen Saisons sehr lebhaft betätigt. Davon legen über 100 Fahrten, die mehr als 2000 Kilometer weitere Ausdehnung hatten als die Fahrten des Vorjahrs, veredeltes Zeugnis ab. Die Paddelboote haben an Zahl zugenommen. Schwierigkeiten beim Training der Rudermannschaften führten leider dazu, dass der Stadt Pokal nicht dem Verein verblieb. Da infolge der trüben Wirtschaftssituation die Mitgliederzahl nachgelassen hat, kann nicht wundernehmen. An die Versammelten wurde appelliert, durch lebhafte Propaganda diesen Verlust wieder wettzumachen.

Kassenwart W. Gramberg gab sodann den Rechnungsbericht, der geprüft und für richtig befunden worden ist, so dass die Entlastung erteilt wurde. Aus dem Bericht des Fahrwärts Sawacki geht hervor, dass von 32 Herren und 14 Damen rund 20000 Kilometer gefahren worden sind. Von den Damen waren am erfolgreichsten Fr. Schulz, Fr. Siebert und Fr. Adloff; von den Herren Dumont, Gobien und Gramberg; von den Paddlern Herzberg, Szczepanski und Maschke. Die Erstgenannten in den drei Kategorien erhielten wertvolle Gedenkpreise.

Über das Bootsmaterial berichtete Bootswart Papenbäck. Das Material ist zum größten Teile unter Aufwendung wesentlicher Kosten überholt worden.

Die Vorstandsmahl hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. Vorsitzenden wurde einstimmig der bisherige beauftragte Inhaber dieses Amtes, Karl Meißner, wieder gewählt, zum 2. Vorsitzenden Sawacki, Schriftwart Szczepanski (Stellvertreter Mielle), 1. Bootswart Holz (Stellvertreter Teske), 1. Hauswart R. Neumann, Fahrwart Ertelt. Eine Besetzung des Trainerpostens erfolgte vorläufig noch nicht.

In lebhafter Aussprache kamen dann noch verschiedene Anträge zur Beratung und Erledigung.

Immer wieder Grundstücksvermittlungs-Schwindler. In unserer Stadt und deren Umgegend treibt seit mehreren Wochen ein Konsortium von gefährlichen Leuten ihr nichts-würdiges Gewerbe, das darin besteht, leichtgläubige Menschen um mehr oder minder erhebliche Summen zu prellen. Die Gauner, die zur Erreichung ihrer Zwecke leider bei einigen im Kreise Graudenzen wohnenden Personen noch gewisse, manchmal vielleicht auf Unkenntnis der wahren Sachlage beruhende Mithilfe finden, suchen sich als Opfer bemittelte Landleute auf, die ein Grundstück zu pachten wünschen. Mit diesen wird dann unter Mitwirkung des betr. Vermittlers ein Vertrag geschlossen, der sich aber nur auf das zu pachtende Land bezieht. Wegen der Gebäude und des Inventars soll später ein besonderer Kontakt gefertigt werden. Der erste Vertrag enthält die Klausel, dass im Falle die andere, zusätzliche Vereinbarung nicht zustande kommt, auch der Landpachtvertrag seine Wirkung verliert. Ein Abchluss des zweitgenannten Vertrages sehen die Pachtliebhaber darauf nicht mehr, und damit gehen denn nicht nur die bisherigen Verabredungen und Hoffnungen in die Brüche, sondern der Restler verliert die beim ersten Vertragsabschluss ertritteten, teilweise ganz bedeutende Höhe erreichenden Vermittlungs- und sonstigen Gebühren. Der Landpachtvertrag wird nämlich so gerissen abgesetzt, dass der Geschädigte es nicht vermögen oder aber nicht immer will, gesetzliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Eine Hauptrolle in der Betrügergesellschaft spielen drei Personen namens Karwacki, Kruck und Janowski.

Die Feuerwehr wurde am Mittwoch gegen 8 Uhr abends nach der Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Lipowa) 33, alarmiert. Dort war infolge unachtsamer Umgehens mit Licht im Keller lagerndes Stroh in Brand geraten. Die Feuerwehr konnte den Brand in kurzer Zeit ersticken und damit einem Weitergreifen des Feuers vorbeugen. Es ist ein Schaden von etwa 200 Zloty entstanden.

Falschgeld. In welch großer Zahl in unserer Stadt unechtes Geld kursiert, davon legte der letzte Mittwoch besonders krasses Zeugnis ab. In einem einzigen Kolonialwarenladen in der Unterthornerstraße (Toruńska) wurde an diesem Tage nicht weniger als acht mal unrichtiges Geld beansprucht. Der eine dieser Fälle war besonders gravierend. Eine ältere Landfrau hatte nicht weniger als drei falsche 2-Zloty-Stücke bei sich; ein vierter Stück war von ihr bereits - zweifellos in voller Unkenntnis - kurz vorher ausgegeben worden. Die Falschstücke beschlagnahmte ein Polizeibeamter. Die Bauersfrau hatte die Falsifikate für verkaufte Butter vereinnahmt und ist somit arg geschädigt worden. Nach Lage der Sache muss man annehmen, dass an diesem Mittwoch-Markt eine organisierte Fälscher-Gesellschaft einen besonders erfolgreichen Betrugsfeldzug unternommen hat. Und dabei waren die 2-Zloty-Stücke schon an ihrer bläulichen Färbung sowie daran, dass sie, wohl aus Zinn reisp. Blei gefertigt, sich leicht biegen lassen, unschwer zu erkennen.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Eine hochentwickelte moderne Kunst ist der "Farbige Holzschnitt"; er bietet Kunstdräder von großer Schönheit und bleibendem Wert, besonders in der modernen farbigen Rahmung. Die Buchhandlung Arnold Kriedie, Grudziądz, Mieczewicza 10, hat in einem Schaufenster eine kleine Auswahl ausgestellt; weitere Blätter können im Geschäftsladen zwangsläufig besichtigt werden. (9259*)

Thorn (Toruń).

Von der Weichsel. Der Wasserstand bei Thorn betrug Donnerstag früh 0,52 Meter über Normal. — Der von Warschau kommende Dampfer "Fredro" setzte seine Fahrt

nach Dirschau (Tczew) fort. Die Dampfer "Faust" und "Batory" passierten die Stadt auf der Fahrt von Danzig bzw. Dirschau nach Warschau.

Das Thorner Appellationsgericht als Revisioninstanz verhandelte kürzlich gegen den Förster Stefan Kaczmarek. Die Anklage lautet auf Mord. Der Angeklagte bemerkte im Walde den Wildtrieb Walczak mit geschultertem Gewehr. Da letzterer beim Anblick des Försters flüchtete und der mehrfachen Aufforderung des Försters stehenzubleiben, nicht nachkam, so feuerte K. aus seiner Doppelflinte und verwundete Walczak tödlich, weshalb ihn das Bezirksgericht zu 2 Jahren Gefängnis verurteilte. Das Appellationsgericht hob das erinstanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei.

Mit welchem Nassnemmen hautztage Häusler vorgehen, um Geschäfte machen zu können (wie sich herausstellt: zum Schaden der Kunden und der ordentlichen Kaufmannschaft), beweist folgender Vorfall: Bei deutschstämmigen Familien der Stadt erschien ein Häusler, der angeblich aus Czecanow stammen will, und gab an, von einem der hiesigen evangelischen Geistlichen geschickt zu sein. Er wies auch ein Schreiben des Pfarramts vor und bot Bleistifte zum Kauf an. Unser Gewährsmann lehnte einen Kauf ab, wollte aber dem Manne einen kleinen Betrag schenken. Dieser nahm das Geld jedoch nicht an, sondern empfahl ein Stück Seife zu kaufen. Nach langem Hin und Her gelang es den Überredungskünsten des Häuslers, sein Gegenüber zum Kauf zu bewegen; er nahm ein Stück Seife zum Preise von 85 Groschen. Nun fragte der Häusler unter Hinweis auf seine schäbige Kleidung, ob ihm nicht mit einem Mantel oder sonst irgend einem Bekleidungsstück ausgeholzen werden könne. Er besaß also die Kühnheit, jetzt offen zu betonen, wo er vorher ein Almosen abgelehnt hatte. Nachdem ihm die Tür gewiesen, fragte unser Gewährsmann beim Pfarramt nach und da stellte sich heraus, dass dieses ihm wohl den Kauf von Bleistiften beschert, ihn aber an niemanden empfohlen hatte. Der Kauf war im Hinblick auf das ärmliche Aussehen erfolgt und die Beleidigung gab man dem Manne auf besondere Bitte. Dass sie auf diese Weise ausgenutzt werden könnte, hatte man natürlich nicht erwartet oder vorausgesehen. Unser Gewährsmann nahm nun die Fenster der Parfümerien und Drogerien in Augenschein und entdeckte hier dieselben Seifenstücke zum Preise von... nur 40 Groschen! Der Häusler hat also, da er sie in größeren Mengen sicherlich noch unter dem Ladenverkaufspreis erstecken konnte, die Seife mit über 100 Prozent Zuschlag zu verkaufen verstanden und mithin einen Gewinn erzielt, den der Steuern zahlende Kaufmann niemals erreichen dürfte. Und da glaubt ein großer Teil des Publikums immer noch, solche "Gelegenheitskäufe" besonders billig machen zu können!

Beischlagsnahmen wurden von der Polizei während des letzten Wochenmarktes auf dem Neustädtischen Markt (Nowy Rynek) 3 Briefauben, die ein Landbewohner verkaufen wollte, ohne hierfür eine Genehmigung der Verwaltungsbehörde zu benötigen.

Geisteskranker? In einem Hause der Seglerstraße (Zeglarska) wurde von einem Bettler, der zuvor durch sein eigenartiges Benehmen die Aufmerksamkeit der Straßenspassanten auf sich gelenkt hatte, eine Scheibe zertrümmert. Beim Erscheinen der Polizei leistete der Bettler heftigsten Widerstand. Der Verhaftete, der geisteskrank zu sein scheint, wurde der Gesundheitsabteilung des Magistrats zugeführt.

Nicht "Baupolizei" - sondern "Banwache". Gemäß einer kürzlich vom Ministeriat veröffentlichten Verfügung darf das städtische Organ, das die Aufsicht über die Bauten ausübt, die bisher gehabte Benennung "Städtische Baupolizei" nicht mehr weiterführen, da die Bezeichnung "policeja" einzig und allein den Organen der staatlichen Behörden zukommt. Das städtische Bauamt wird daher fortan den Namen "straż budowlana" tragen.

Ein nettes Früchtchen ist der zehn Jahre alte Wladyslaw Janowski, der in der Städtischen Krippe auf der Bromberger Vorstadt untergebracht ist. In der Nacht



MAGGI Sp. z ogr. odp.
Fabrik in Poznań

8566

zum Mittwoch gelang es ihm, von hier zu entfliehen, nachdem er vorher noch einem anderen Jungen die gesamte Bekleidung einschließlich der Schuhe gestohlen hat.

Was alles gestohlen wird! Dieser Tage wurde am Grüzmühlenteich die Klappe der Wasserschleuse von einem unerkannt entkommenen Täter entwendet.

Neben sechs kleinen Diebstählen verzeichnet der Polizeibericht vom Mittwoch noch dreizehn Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und zwei Verstöße gegen sittenpolizeiliche Bestimmungen. Gestegenommen wurden zwei Personen wegen Diebstahls, eine wegen Schwarzfahrt auf der Eisenbahn und eine wegen versuchten Kohlendiebstahls zum Schaden der Eisenbahnverwaltung.

Am Dienstag (Tczew), 24. November. Auf der letzten Strafaktion des hiesigen Bürgergerichts wurde der Angeklagte Sandrowski wegen Einbruchs diebstahls bei dem Kaufmann Baniecki zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Die hiesige Bahnhofspolizei verhaftete gestern einen elegant gekleideten Herrn, welcher mit einem gefälschten Pas ins Ausland reisen wollte. Eine weitere Untersuchung ist eingeleitet. — In der letzten Nacht drangen bisher unbekannte Täter in den Speicher des Gutsbesitzers Hertle im benachbarten Nukoschin ein und entwendeten 30 Zentner Weizen und 10 Zentner Roggen.

Am Pelplin, 24. November. Am Montag, 28. November, findet in Pelplin ein Viehmarkt statt.

Am Culm (Chelmno), 24. November. Feuer vernichtete vorgestern nach dem Landwirt Richard Teszko in Różnowo hiesigen Kreises eine Scheune mit dem diesjährigen Einfchnitt und einigen landwirtschaftlichen Maschinen. Der Schaden beträgt ungefähr 50 000 Zloty. Das abgebrannte Objekt ist mit 32 450 Schweizer Franken versichert. Spuren deuten auf verbrecherische Brandstiftung hin.

Am Gdingen (Gdynia), 24. November. Selbstmord zu begehen versuchten gestern St. Kostynski und Z. Konik, indem sie größere Mengen Essigessenz zu sich nahmen. In sehr bedenklichem Zustand wurden sie ins Krankenhaus gebracht. Die Beweggründe sind unbekannt.

In der letzten Zeit wurden zahlreiche Einbrüche in Verkaufsbuden in der Danzigerstraße verübt, ohne dass die Täter gefasst werden konnten. Gestern brachen unbekannte Täter in den Läden des K. Kraft ein und stahlen Tabak- und Zuckerwaren im Werte von 400 Zloty. — Feuer entstand gestern in der Wohnbaracke von W. Buchholz in der Danzigerstraße. Aus unbekannter Ursache waren Brennstoffmaterialien, die auf dem Boden lagen, in Brand geraten. Das Feuer wurde bald gelöscht, so dass der Sachschaden nicht bedeutend ist. — Vom Auto überfahren wurde in der Johannesstraße der Töpfer Johann Schornack, der in unüblichem Zustand den Fahrdamm überqueren wollte.

Thorn.

An unsere Thorner Leser.

Um keine unliebsame Unterbrechung im Bezug der "Deutschen Rundschau" eintreten zu lassen und um dieselbe pünktlich am Erscheinungstage zu erhalten, bitten wir Sie, Ihr Abonnement für den Monat Dezember sofort bei einer der untenstehenden Ausgabestellen zu erneuern.

Hauptvertriebsstelle und Anzeigenannahme:
Annonen - Expedition Justus Wallis, Czerola 24
(Breitestraße).

Ausgabestellen:
Altstadt: Kaufmann E. Szymanski, Heilige Geiststraße.

" Rungs & Ritter, Lederhandlung,
Seglerstraße (ul. Zeglarska) 21.

" Dr. Nowak, Kolonialwarengeschäft,
Schillerstraße (ul. Szczepana) 18.

Neustadt: A. Buzłowski (früher Siedlung),
Kolonialwarengeschäft, Neustädtischer Markt (Rynek Nowomiejski) 21.

Bromberger Vorstadt: Milchhalle Barth, Bromberger-Str. 80.
Kaufmann Ernst Wiesner, Mellienstraße 111.

Fr. O. Rieke, Melienstraße
(ul. Mieczewicza) 80.

Culmer Vorstadt: Trieurgeschäft Mailkar, Chelminia 44.

Moder: Kaufmann Stanislawski (J. Ruttner Nach.), Graudenzerstraße (Grudziądz) 95.

" Firma M. Wasil, Kolonialwaren-

geschäft, Lindenstraße (Rosiński) 12.

" Bädermeister Lucet, Konditoreistraße 29.

" Kolonialwarengeschäft Fr. Stojanek,
Spiritsstraße 4, (ul. Jana Olbrachta) 4.

Graudenz.

Frauenleib! Handarbeits-Ausstellung!
am 4., 5. und 6. Dezember im "Tivoli".

Eröffnung: 4. Dezember, nachm. 5 Uhr, mit

Lebensabend und Konzert.

5. Dezember, 5 Uhr: Kapelle-Theater.

Besichtigung täglich von 10-20 Uhr. Einlieferung der Arbeiten am 1., 2. u. 3. von 9-12 u.

3-5 Uhr im "Tivoli". Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 49 gr erhoben.

Arbeitsgemeinschaft deutsch. Frauenvereine.

Für Konzerte Seelbstkosten u. Tax.
Kapelle R. Jeske, Lipowa 102.

Raupe jeden Posten

Vittoriaerden

u. Schabbelohnen.

Offeren mit Preisang.

zu richten an 9257

B. Berlitz, Grudziądz,
Toruńska 38, Tel. Nr. 45.

Richtl. Nachrichten.
Montag, d. 27. Nov. 1932

1. Advent

* Bedeutet anschließende

Abendmahlsteier.

Altstadt. Kirche. Sonn-

abend, 7½ Uhr Advents-

andacht, Pfarrer Steffani,

Sonntag, vorm. 12 Uhr

Kindergottesdienst.

St. Georgen - Kirche.

Vorm. 10 Uhr Gottesdienst,

Pfarrer Heuer, 11½ Uhr

Kindergottesdienst.

Katol. Vormitt. 9 Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Gulfan. Vorm. 11 Uhr

Gottesdienst, Pf. Steffani.

Gursle. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst, Sup. Herrmann.

Bogdorz. Vorm. 11 Uhr

Kindergottesdienst, nachm.

3 Uhr Jungmädchendienst,

5½ Uhr Jungmännerdienst

Mittwoch, abends 6 Uhr

Adventsandacht.

Gotzan. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst, Bf. Arnstadt.

Nogau. Nachm. 2 Uhr</p

Er erlitt einen Armbruch und erhebliche Wunden am ganzen Körper. Einen gewagten Einbruch verübt gefern Diebe in der Wohnung des Privatbeamten J. Staler. Mittels Nachtlüffels drangen die Diebe am hellen Tage in die Wohnung ein und stahlen einen Pelzmantel, eine Aktentasche und anderes im Werte von 400 Złoty. Die Polizei ist auf der Spur des Täters.

tz Konitz (Chojnice), 24. November. Am Montag abend fand im Hotel Engel die Generalversammlung des Bankvereins Konitz statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Wyrsch, begrüßte den Direktor der hiesigen Filiale der Bank Polski, der als Guest erschienen war, und gedachte des verstorbenen Bankbeamten Otto Nadtke. Bankdirektor Schlosski sprach in einem fesselnden Vortrag über die Weltwirtschaftslage und über die Versuche der einzelnen Regierungen, die Krise und die Notlage zu bekämpfen. Er führte das Für und Wider einer Ermächtigung des Diskontfaches der Versammlung vor Augen und gab dann einen interessanten Rückblick über das verschossene Geschäftsjahr der Bank. Trotz der Krise und trotz des Einflusses verschiedener Kredite ist die Geschäftslage des Bankvereins nach wie vor gut. Der Revisionsbericht enthielt auch nur einige unwesentliche formale Bemerkungen. Die Berichte wurden ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. Die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Stamml, Lenk und Kordenat, wurden einstimmig wiedergewählt.

tz Konitz (Chojnice), 24. November. Ja, wenn die Arbeit nicht wäre, — dann brauchte auch der gute Franciszek Kiedrowicz aus Czapiewice sich nicht aufzuregen, wenn er von seinem Vater aufgefordert wird, etwas zu tun. Aber da sie nun einmal besteht, fühlte er sich durch die Aufforderung so in seiner Ehre gekränkt, daß er seinen Vater so schwer verletzte, daß er von einem Arzt verbunden werden mußte. — Wohl schmeckende "Gänse muß der Landwirt Bronislaw Hamerski in Szczecini haben. Schon zweimal haben ungebetene Besucher seinem Gänsestall Besuch abgestattet und den Bestand erheblich reduziert. Jetzt haben sie ihm glücklich zum dritten Male den Rest des lieben Federviehs weggeholt. — Unter dem Vorsitz des Bäckermeisters Trocka fand die Gesellenprüfung statt. Drei Lehrlinge bestanden mit genügend und drei mit gut.

p Neustadt (Wejherowo), 24. November. Aus dem Walde Baromin wurde ein größerer Posten Nuss- und Brennholz gestohlen. Die Polizei ermittelte die Diebe. — Aus dem Laden von Josef Burzyk in Puszig wurde durch Einbruch ein Grammophon im Werte von etwa 200 Złoty gestohlen. — Aus dem Torfbuch des Gutes Oslautin verschwand eine Menge Torf. Es stellte sich bald heraus, daß zwei dortige Arbeiterinnen dieses Brennmaterial für sich abgetragen hatten.

y Strasburg (Brodnica), 24. November. Der heutige Wochenmarkt war reichlich besucht und besucht. Für Butter zahlte man pro Pfund 1,30—1,40, für Eier 2—2,20. — Einen lohnenden Einbruch verübt bisher unermittelter Täter in das Schuhwarengeschäft Zwitski und stahl dort selbst 20 Paar Stiefel im Werte von 300 Złoty. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 23. November.

In der heutigen Volkstagssitzung wurden die auf der Tagesordnung stehenden Anträge auf Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes eingeleitet mit einer Erklärung von dem Vizepräsidenten des Senats Dr. Wiercinski-Keiser, der namens der Regierung noch einmal mit Ernst und Nachdruck warnte, durch die Annahme der Anträge

eine schwere Krise für den Staat

herauszubringen. Die Nationalsozialisten hätten den Staat schon dadurch, daß sie dem Senat die Unterstützung entzogen haben, in schwere Gefahren gebracht. Da sie es bis jetzt

nicht vermocht hätten, eine andere regierungsfähige, im Positiven geeinte Mehrheit zu stande zu bringen, sei der Senat verpflichtet und willens, die Regierung weiter zu führen.

Aber es müsse ihm auch die Möglichkeit zum Regieren gegeben werden. Dazu gehöre auch das Ermächtigungsgesetz. Gerade die nächste Zeit werde die Regierung bei ihrem Bestreben, auf jeden Fall die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, vor ungewöhnliche Entscheidungen stellen, die in wenigen Stunden gefaßt und in die Tat umgesetzt werden müssen. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außerordentliche Mittel. Eine Minderheit darf nicht die Mehrheit vergewaltigen.

Die von Polen angedrohte Einführung des Złoty bei der Danziger Eisenbahn, falls sie wider Erwarten wahr werden sollte, sowie das Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen mit Polen wird von der Regierung wichtigste Maßnahmen auch geschegeberischer Art verlangen, deren Verzögerung genau wie seinerzeit bei der Umstellung des Gulden auf die Goldwährung die schwersten Gefahren und die größten Schädigungen für die Wirtschaft, ja für die ganze Existenz des Freistaates bringen würde."

Mit der gleichen oppositionellen Mehrheit wurde der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes angenommen.

Der nationalsozialistische Antrag hat praktisch keine sofortige Auswirkung, denn er hat gewissermaßen den Charakter einer Entschließung, der der Regierung zu zuleiten ist und zu dem sich die Regierung dann innerhalb eines Vierteljahres zu äußern hat.

Wenn der kommunistische Antrag in dritter Lesung angenommen sein wird — die nächste Sitzung ist auf den 30. November anberaumt —, muß auch dieser Gesetzentwurf erst der Regierung zugeleitet werden, die innerhalb von 14 Tagen dem Volkstag ihren Standpunkt mitzuteilen hat. Unter Umständen bleibt ihr auch die Möglichkeit, das Volk direkt entscheiden zu lassen, ob mit oder ohne Ermächtigungsgesetz regiert werden soll.

Es folgten nun zahlreiche Anträge sozialer Art seitens der Opposition. Finanzsenator Dr. Oppenrath stellte für die Regierung fest, daß die Annahme der Anträge einen Betrag von rund 12 000 000 Gulden hervorrufen würde, während die Vorschläge zur Deckung nur etwa 3½ Millionen erbringen werden. Die heute zur Abstimmung kommenden

Anträge wurden sämtlich abgelehnt. Schließlich in der 8. Abendstunde wurde das Haus beschlußfähig und vertrat sich.

Die Verantwortung dafür, daß der Regierung, während sie im schweren außenpolitischen Kampf steht und während der Präsident des Senats vor dem Volkerbund in Genf um die politische und wirtschaftliche Freiheit Danzigs kämpft, die Hauptwaffe aus der Hand geschlagen werden sollte, trügen diejenigen, die für die Annahme dieses kommunistischen Gesetzentwurfs stimmen. Die Regierung behalte sich die Freiheit des Handelns vor. Sie würde alles tun, um jeden Schaden vom Staate abzuwenden und streng nach der Verfassung und ohne Ansehen der Person und der Partei ihre weiteren Maßnahmen treffen.

Die Regierungsparteien billigen durch ihre Sprecher den Standpunkt der Regierung, während Sozialdemokraten und Kommunisten dagegen sprachen, und wie die Nationalsozialisten, die offen als Ziel den Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Volkstages propagierten, für die Aufhebung des Ermächtigungsgesetzes eintreten.

Während auf der Tagesordnung die zweite und dritte Lesung des kommunistischen Gesetzentwurfs auf Änderung des Ermächtigungsgesetzes stand, erhoben die Deutschnationalen Einspruch gegen die dritte Lesung, da die vorgeschriebenen Fristen nicht gewahrt seien. Die dritte Lesung mußte also abgesetzt werden.

Der kommunistische Gesetzentwurf wurde in namentlicher Abstimmung in zweiter Lesung bei Stimmenthaltung der Regierungsparteien mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten, Polen und Sozialdemokraten angenommen. Mit wechselnden Zahlen bei den einzelnen Paragraphen, die zwischen 34 und 39 schwanken!

Gegen die Beschränkung der Vereinsfreiheit

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am 17. dieses Monats traten die Vertreter der Gewerkschaften, welche politisch der Christlichen Demokratie, der Nationalen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) angehören, zu einer Konferenz zusammen, um zu der Verordnung des Staatspräsidenten vom 27. Oktober dieses Jahres über das Vereinsgesetz Stellung zu nehmen. Nach einer Aussprache über die Bestimmungen dieser Verordnung wurde ein Communiqué veröffentlicht, das die wichtigsten Einwendungen gegen das Dekret zusammenfaßt.

Es wird darin festgestellt, daß das Dekret die Gewerkschaften unter die Kontrolle der Verwaltungsbehörden stellt, diesen das Recht der Einsichtnahme in das innere Leben der Gewerkschaften gibt, die Gewerkschaften vollständig von den Verwaltungsbehörden abhängig macht, die sogar auf Grund der Verordnung das Recht erhalten, die Gewerkschaften, weil sie „die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung bedrohen“, aufzulösen. Weiter wird in der Erklärung der Gewerkschaften auch darauf hingewiesen, daß durch das Dekret die Vereine der Staatsbeamten von der Verwaltung vollständig abhängig gemacht werden.

Die erwähnten Gewerkschaften erheben gegen die Bestimmungen des Dekrets, das mit dem 1. Januar 1933 in Kraft treten soll, Protest und fordern die Verbände der geistigen Arbeiter zur Verteidigung der Vereinsfreiheit auf.

Bor der Appellationsverhandlung im Brest-Prozeß.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Am Mittwoch verstreckt der Termin für die Einreichung der Appellationsklage im Brest-Prozeß. Die Gründung des in erster Instanz gefällten Urteils ist, wie wir bereits meldeten, am vorigen Mittwoch den Verteidigern überreicht worden. Die Verteidiger haben eine gemeinsame Konferenz abgehalten und sich über die Grundlagen einer gemeinsamen Appellationsklage, welche von allen Verteidigern unterzeichnet werden wird, verständigt. Diese Klage wird noch vor Mittwoch im Bezirksgericht eingereicht werden.

Die Ausgrabungen bei Jordon vorläufig eingestellt.

Bromberg, den 24. November.

Ende vergangener Woche hat man die Ausgrabungen auf dem Gelände der Burg Wyszogrod vorläufig beendet. Man hat in den letzten Wochen den Einschnitt, den man in den Kern der Anlage hineinlegte, bedeutend erweitert und vertieft und damit einen interessanten Querschnitt erhalten. Außerdem hat man von dem Kamm des Walles, der bereits angeschnitten war, nach Westen zu einen Teil abgetragen. Bei diesen Arbeiten fand man im Kern und auf dem Wall Ton scherben mit den typischen Ornamenten aus der Burgwallzeit, Fischreste, Schuppen und Flossen, bearbeitete Hirschhornstücke, im Kern selbst einen eisernen Sporn, einen Haken, der als Angelhaken gedient haben mag, eine Münze mit der Bezeichnung „Soti“, sodann wurde eine Brandstelle entdeckt.

Bei dem Einschnitt, der in den Kern gelegt wurde, zeigen die Seitenwände zunächst die Aufschüttung von Sand, dahinter schien sich eine tiefe Mulde befinden zu haben, die sich im Laufe der Zeit mit Erde, Schmutz, Abfall usw. ausfüllte. Auf dem Grunde, oder wenigstens innerhalb dieser Mulde wurde die Brandstelle gefunden, von vier Pfählen flankiert. Dort hat man aber auch Steine entdeckt, die in keinem direkten Zusammenhang mit der ursprünglichen Anlage gestanden haben, Ziegelsteine, die ihrem Format und Aussehen nach der Ordenszeit entstammen. Man hat schließlich den unteren Teil eines reich mit Ornamenten versehenen, grün-glastrierten Topfes gefunden, der, wenn nicht gerade neuzeitlich, so doch spät-mittelalterlich wirkt. Feststellungen über das Glasurverfahren und Untersuchungen über die Ornamente werden ergeben, wie alt dieser merkwürdigste der bisher gemachten Funde ist.

Zu welchen Ergebnissen haben nun die bisherigen Ausgrabungen geführt? Der Leiter der Arbeiten, Herr Wiercowski, hat vorläufig noch keinen abschließenden Bericht über seine Tätigkeit dem Museum erstattet. Ohne diesem Bericht vorgelesen zu wollen, möchten wir hier auf

Bei Stahlverhaftung, Unterleibslutüberfüllung, Kongestionen, Halsnervenmehr, Kreuzlähmung, Atemnot, Herzklappen, Migräne, Ohrentzufallen, Schwäche, Gemütsverstimmung bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser ausgiebige Darmentleerung, freien Kopf und ruhigen Schlaf. In Apoth. u. Drog. erhältlich. (9049)

Gleichzeitig wird auch von der Staatsanwaltschaft die Verfung ausgearbeitet. Sie soll — wie verlautet — eine höhere Strafemessung als die der ersten Instanz verlangen und zwar wird der Antrag der Staatsanwaltschaft dahin gehen, daß die Angeklagten als schuldig erkannt werden, eine Verschwörung zum Zwecke des Sturzes der Regierung angezettelt zu haben. Darauf war bereits die Anklage im ersten Prozeß aufgebaut, jedoch hatte diese These des Staatsanwalts keine Berücksichtigung gefunden und die Angeklagten wurden in der ersten Instanz nur des Versuchs für schuldig erklärt, die Regierung mit Gewalt zu beseitigen.

Mit der Abschaffung der Verfung von Seiten der Anklagebehörde ist Staatsanwalt Grabowski beschäftigt.

Begegnung Roosevelt-Hoover

zur Lösung der Schuldenfrage.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika fand eine Zusammenkunft zwischen dem neu gewählten Präsidenten und seinem geschlagenen Gegner statt. Es müssen außergewöhnliche Umstände gewesen sein, die Hoover und Roosevelt zusammengebracht haben. Der Briefwechsel zwischen den beiden Staatsmännern und ihre zweitländige Unterhaltung fand eine überaus große Beachtung weit über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus. Über die Unterredung selbst wurde ein recht nichtslangendes Communiqué veröffentlicht, aus dem man nichts und alles herauslesen kann. Es steht auf jeden Fall fest, daß die Verhandlungen vornehmlich der Schuldenfrage galten, die ihrer Lösung harret. Sie ist gerade jetzt besonders akut geworden, da bekanntlich fast alle Schuldner Amerikas, die am 15. Dezember die fälligen Raten zu entrichten hätten, um Zahlungsaufschub ersucht haben. Folgende Beträge sollen am 15. Dezember seitens der europäischen Staaten auf das amerikanische Konto eingezahlt werden (in Dollar):

Belgien	2 125 000
Eßland	856 370
Finnland	186 235
Ungarn	40 729
lettland	148 852
Polen	4 427 980
Tschechoslowakei	1 500 000
Frankreich	19 261 432
England	95 550 000
Italien	1 245 487
Litauen	92 836

Die Gesamtsumme beträgt hiermit 124 934 421 Dollar. Davon werden wahrscheinlich nur England und Italien ihren Teil entrichten.

Man könnte glauben, daß es für Amerika, das im vergangenen Monat an der Börse 4 Milliarden Dollar verloren hat, ein Leichtes sein müßte, den europäischen Schuldner einen Zahlungsaufschub zu gewähren. Es handelt sich aber hier um eine Entscheidung von größter prinzipieller Bedeutung. Der Zahlungsaufschub soll nur der erste Schritt zur Kriegsschulden-Annulation sein, und darauf kann Roosevelt wohl ebenso wenig wie Hoover eingehen. Im übrigen will Roosevelt die Entscheidung über diese Frage völlig überlassen (der bis zum 4. März im Amt bleibt), um sich nicht vorzeitig mit großer Verantwortung zu belasten.

Büntliche Zustellung

der Deutschen Rundschau

wird erreicht, wenn das Abonnement für den Monat Dezember heute noch erneut wird!

Grund der an Ort und Stelle gemachten Beobachtungen und auf Grund von Gegenüberstellungen aus einschlägiger Literatur folgende vorläufige Feststellungen machen:

Der eigentliche Hügel ist eine früh-slawische Anlage, etwa aus der Zeit 800—1000 nach Christi Geburt. Möglicherweise bestand damals nur ein Bergriegel, der heute nur noch zur Hälfte vorhanden ist, da die das Ufer unterspülende Weichsel im Laufe der Jahrhunderte immer mehr von dem Hügel in die Tiefe stürzen ließ. Der Regel wird wahrscheinlich — wohl bemerkt: in seiner ersten Anlage — von einem Wall umgeben gewesen sein.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung wurde auf dem Hügel eine Burg erbaut. Man errichtete auf ihm die Burg Wyszogrod und hat damals den ehemaligen Wall zu dem Bergriegel hinzugenommen, wie man auf Grund der jüngsten Ausgrabungen anzunehmen geneigt ist. Man hat das vielleicht durch Bischüttung des zwischen Wall und Regel befindlichen Grabens erreicht. Auch Paul Schumacher äußert in seinem Werk „Die Ringwälle in der früheren preußischen Provinz Posen“ (Mannus-Bibliothek Nr. 36) die Ansicht, daß ein Teil des heutigen Kerns ehemals ein innerer Wall gewesen sein kann. Es schreibt: „Der Regel hat an der Nordwestseite einen langen tiefen Einschnitt von ungefähr 3 Meter Sohlenbreite, so daß das südlich abgetrennte Stück fast wie der Rest eines zweiten inneren Ringes erscheint.“

Die Untersuchungen sind deshalb bedeutend erschwert, weil hier offensichtlich zwei, vielleicht auch noch mehrere Zeitalter, Kulturen, übereinander lagern. Man möchte zu der Annahme neigen, daß der heutige erste, äußere Ring erst in späterer Zeit, als man die Burg errichtete, entstanden ist. Dieser Ring wurde das erste Mal im Oktober des Jahres 1889 von Dr. Erich Schmidt untersucht. Im Innern des inneren Ringes hat Schmidt festgestellt, daß er auf der Krone durch einen Steinkrantz nach Norden verstärkt war.

Bei den jüngsten Arbeiten hat man eine ähnliche Steinbefestigung auf dem äußeren Ring festgestellt und zwar an der Außenseite, nach Süden zu gerichtet. Wie wir schon früher berichtet haben, stieß man schon in den ersten Tagen der Ausgrabungen auf diesem äußeren Ring auf verhorste Balken. Man glaubte zunächst, sie für die Fundamente

Als Amerika den Krieg erklärt...

Neue Dokumente aus dem Jahre 1917.

Dem Conti-Bureau wird aus Washington gemeldet:

Das Staatsdepartement veröffentlichte soeben in zwei Bänden den zweiten Weltkriegs-Nachtrag der amerikanischen diplomatischen Dokumente auf über 1800 Drucksätzen, deren Inhalt die auf den Krieg bezügliche Korrespondenz vom April bis Dezember 1917 bildet.

Aus diesen Dokumenten ist die bedrohliche Lage zu erkennen, in die die Alliierten durch den deutschen Unterseebootkrieg gebracht wurden. Es wird zugegeben, daß England zum Zweck der Entmündigung des deutschen Heeres falsche Nachrichten über den angeblichen Erfolg der Unterseebootabwehr verbreitete, während im Februar 1917 tatsächlich 536 000 Tonnen, im März 571 000 Tonnen und in den ersten zehn Apriltagen 205 000 Tonnen alliierten und neutralen Schiffstraums versenkt worden seien. Noch am 27. Juni 1917 kabelte der amerikanische Botschafter Page aus London, daß innerhalb der nächsten paar Monate das Schicksal des Weltkriegs sich durch den Unterseebootkrieg entscheiden werde, und daß die Lage für England äußerst kritisch sei. England stellte an Amerika sofort nach dessen Eintritt in den Weltkrieg folgende sehr dringende Forderungen: 1. Schiffe, 2. Geld, dieses zum Ankauf von Kriegsmaterial und Lebensmitteln in Amerika.

Die neue Veröffentlichung enthält auch die Versuche des Staatsdepartements, Nähres über die geheimen Kriegssäle der Alliierten sowie über die von ihnen eingegangene Verpflichtung, keinen Sonderfrieden abzuschließen, zu erfahren. Ferner werden Dokumente veröffentlicht über die Mission von Wilsons Vertrauensmann House, der eine engere Zusammenarbeit der beteiligten Regierungen anstrebt. Hervorzuheben ist der Bericht eines Frank Anderson, der vom Staatsdepartement im Herbst 1917 nach Europa gesandt wurde, um vertrauliche Erhebungen über die Verfassungsreformen in Deutschland und Österreich anzustellen, wobei ihm jedoch das Betreten der feindlichen Länder streng untersagt wurde. Interessant ist ferner Lantsings Feststellung am 7. September 1917, daß die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Wilsons Antwort auf den Friedensschritt des Papstes nicht nur falsch übersetzt, sondern den Text völlig entstellte. In einem Telegramm an den Botschafter Jusserand beklagt Lanting diese Entstellung, die Wilsons Antwort nicht nur in sehr grobem Ton erscheinen lasse, sondern es auch verhindere, daß Deutschland die wahren Ansichten Wilsons über die Möglichkeiten eines Friedenschlusses erfahre.

Kleine Rundschau.

Ein Germanengrab bei Prag.

Wie die "Prager Presse" meldet, wurde dieser Tage in Kamysk, am oberen Laufe der Moldau, ein bedeutamer archäologischer Fund gemacht. In der Tiefe von etwa vier Metern stieß man auf ein prähistorisches Grab, das die Gebeine eines Germanenhäuptlings aus der Völkerwanderungszeit enthielt. Mit dem Häuptling waren offenbar im gleichen Grabe seine Gattin und zwei Pferde begraben worden. Reichtliche Grabbeigaben, von denen jedoch nur Reste gefunden wurden, waren dem Toten mit ins Grab gegeben worden. Das Grab ist überdies mit einem Umgang aus Schieferplatten ausgestattet, ebenso ist ein Teil des eigentlichen Grabes mit Schieferplatten ausgelegt.

Büchertisch.

Josef Ponten: Rhein und Wolga. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin.

Wenn die Namen der beiden Großströme Europas genannt werden, pflegt man unwillkürlich an die großen politischen Zusammenhänge Europas der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu denken. Man denkt ebenso unwillkürlich an die politische Aufgabe, die diesen Strömen zufällt. Seit dem Vertrage von Versailles denken wir aber an mehr: an die Sprachinseln Europas und der Erde, auf denen die Kulturgüter des deutschen Volkes fern von dem

eines Gebäudes, vielleicht eines Wachturmes halten zu dürfen. Die in den letzten Tagen erfolgten Grabungen haben weitere solcher Bauten freigelegt, die den Anschein erwecken, als wenn sie die Reste einer palisadenartigen Wallbefestigung darstellen. Das Profil des Walles, besonders an der Südseite, läßt die Annahme zu, daß sich hier eine Art Verteidigungsstand befunden habe. Die Palisaden werden wahrscheinlich bei der Einführung und Vernichtung der Burg durch die Ordensritter, ebenso wie die Burg selbst, ein Raub der Flammen geworden sein.

Leider hat man die Ausgrabungen auf dem Bergkegel, auf dem man die Reste oder zumindest die Fundamente der Burg vermutet, infolge der fortgeschrittenen Jahreszeit und Erschöpfung der Mittel nicht fortsetzen können. Hoffentlich können die Arbeiten an diesem interessantesten Teil bald im Frühjahr des nächsten Jahres wieder aufgenommen werden.

Die Zerstörung der Burg durch die Ordensritter in der Chronik des Nikolaus von Jeroschin.

Nikolaus von Jeroschin war Ordenspriester der Deutschherren und Kaplan des Hochmeisters Dietrich von Altenburg (1335–1341). Auf Wunsch dieses Hochmeisters schrieb Nikolaus von Jeroschin die Geschichte des Deutschen Ordens in einer Neimhronif. Diese "Chronik von Pruzinian" ist im wesentlichen eine dichterische Bearbeitung des "Chronikon terrae Prussiae" Peters von Dusburg.

Unter anderem hat Nikolaus von Jeroschin auch die Einführung und Zerstörung der Burg Wyszogrod durch die Ordensritter im Jahre 1229 geschildert. Sein Bericht ist ausführlicher als der des Peter von Dusburg, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß Nikolaus als Ordenspriester jener Zeit über die Vorgänge gut informiert gewesen sein mag.

Dr. Franz Lüdtke hat eine Übersetzung des Teiles dieser Neimhronif ins Hochdeutsche übernommen, in dem die Erstürmung der Burg geschildert wird. Wir entnehmen dieser Übersetzung der Zeitschrift "Aus dem Posener Lande", IV. Jahrgang, und lassen sie hier folgen:

deutschen Mutterlande gepflegt und erhalten werden und um deren Erhaltung deutsche Menschen kämpfen, die aus irgendeinem Grunde in den vergangenen Jahrhunderten in die Welt mussten — Auswanderer. Koloniatoren der alten und neuen Welt. Erst nach dem Kriege haben wir es gelernt, uns bewußter mit jenen Menschengruppen gleichen Blutes zu fühlen, die die Achtung vor dem können, der Fähigkeit und der Organisation des deutschen Volkes in alle Welt getragen haben.

Josef Ponten geht die Pfade der vorangegangenen Jahrhunderte, deckt eine Geschichte auf, die vielfach umgeschrieben ist: Die Geschichte der deutschen Auswanderer an der Wolga. Er deckt die Zusammenhänge der Geschlechter von Rhein und Wolga auf. Er tut mehr: aus der packend geschriebenen Erzählung schält er die Schreckenstage der Rheinländer und der Pfalz zur Zeit des Sonnenkönigs heraus und wir erleben es, wie die reichen Winzer am Rhein verarmen, des Landes verstoßen werden und — auswandern: nach Pennsylvania, nach Russland, an die Wolga.

Es ist der zweite Band einer Trilogie, deren historische Vorgänge vom Rhein zur Wolga hinüberführen — eine in der Form einer Erzählung geschriebene Teilgeschichte des Deutschtums in Russland. Sprechen wir es in der Sprache nach Versailles aus: die Geschichte der deutschen Minderheit an der Wolga. Wo mag sie heute sein? Wir haben es vor zwei Jahren erleben müssen, daß diese Stammesbrüder wieder einmal den Wanderstab nehmen mußten. Ponten hat Material zu einem weiteren Buch der Arbeit und der Geschick der Volgadeutschen erhalten! Leider, aber es ist der harte Weg, den diese stummen Helden des deutschen Volkstums seit Jahrhunderten gehen: Von Vater Rhein zu Mutter Wolga — und wohin dann? Das Werk Josef Pontens "Rhein und Wolga" steht jedem Auslandsdeutschen nahe.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 27. November.

Königswusterhausen.

06.15: Funkgymnastik. 06.35: Hafenkonzert. 08.55: Morgenseiter. 10.05: Wetter. 11.00: Dichterlese. Ernst Bahn liest Neues aus eigenem Schaffen. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.15: Von Breslau: Konzert. 13.00: Von Berlin: Achtung! Welle Berlin. 13.50: Zehn Minuten Lyriz. Käthe Foerster spricht Gedicht von Günther Eich. 14.00: Elternstunde. Dr. Hildegard Schwabell: Wie helfen wir unseren Kindern? 14.30: Aus der Gedankewelt großer Philosophen (III). Dr. Gustav Wyneken: Spinoza. 15.00: Der Lebenskampf des Ostmark (II). Hans Seifer: Sprache der Burgen. 15.25: Marie Luise König: Alte italienische Violinsonaten. Charlotte Kaufmann am Neupert-Gembalo. 16.00: Von Langenberg: Deutsches Grenzvolk in Not. 17.30: Von Langenberg: Konzert. 18.15: Junge Generation spricht. Sollen wir noch Bücher lesen? 19.00: Stunde des Landes. 1. Adventslieder zur Laute. 2. Ernst Hameister: Onkel Bräsig's Reise nach Berlin. 3. Ritterquätscher Wilhelm Brede: Wie hält der Landmann Schritt mit der Zeit? 20.00: Von Berlin: "Drei alte Schachteln". In einer Pause (20.55 ca.): Von Berlin: Lages- und Sportnachr. (I). Anschl.: Von Berlin: Wetter, Nacht-, Sport (II). 22.45: Deutscher See-Wetterbericht. 23.00: Von Frankfurt: Nachtkonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Hafenkonzert. 08.15: Schallplatten. 09.10: Praktische Winke für billige Heizung. 10.00: Von Gleiwitz: Katholische Morgenseiter. 11.00: Ein Dichter der Ostmark: Franz Lüdtke liest aus eigenen Werken. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.15: Konzert. Schles. Philharmonie. 14.00: Unterhaltungskonzert. 17.20: Moeller van den Bruck: Einleitende Worte: Hans-Werner von Hugo. 18.00: Kleine Klaviermusik. Johannes Strauß. 18.40: Advent. 19.30: Wetter. Anschl.: Der Zeitdienst berichtet. Reichsinnenminister Freiherr von Gans: Der Kampf um den deutschen Osten. 20.00: Von Langenberg: Volkskonzert und Zur Kurzweil. 22.40 bis 24.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35–08.15: Konzert. 09.00: Akad. Morgenseiter. 11.05: Musikhafes Tagebuch. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.10: Von Berlin: Achtung! Welle Berlin. 14.15: Jugendstunde. 14.40: Unser Hund und seine Erziehung. 15.00: Jugendbüchle. 16.00: Von Langenberg: Deutsches Grenzvolk in Not. 17.30: Bandoniumclub. 18.00: Ostpreußische Volkslieder zur Laute. 19.00: Wiener Luft. Kleine Szenen und Humoresken. Wiener Lieder und Tänze. 20.00–24.00: Siehe Königswusterhausen.

Warschau.

14.25: Volkslieder. 15.00: Volkslieder-Chor-Fortsetzung. 16.25: Schallplatten. 17.00: Leichte Musik (Schallplatten). 18.00: Polnische Lieder. Frau Biernacka. Am Flügel: Urstein. 19.45: Schallplatten. 20.00: Populäres Konzert. Funkorch. Dir.: Oztinski. Solist: Niemezyk, Violine. 22.00: Tanzmusik. 23.00 bis 24.00: Tanzmusik.

Vom Meister und der Brüder Schar
Beraten und beschlossen war,
Zu ziehn in das Preußenland.
(Dies war vordem aus Heidenhand
Mit großen Mühen nur entnommen
Und so zum Christentum gekommen.)
Das wollt' man schirmen fest und wehren
Und auch den Glauben drinnen nähren,
Der dorf gebieh in guter Art,
Und der durch manches Ritters Blut
Gepflanzt war und Wurzeln schlug
Und Gott zur Stunde Früchte trug.
Feind war ihm noch Volket¹, der dort
Den Brüdern droht mit Krieg und Mord.
So sammelte hernach ein Heer
Der Meister auch mit starker Wehr
Und sandte das zur andern Seite
Der Wizlen² in der Sommerzeit
Gegen des Königs Aufgebot.
Da lag ein Haus, hieß Wischegrot.
Die Burgbewohner hier am Biel,
Das waren Abeltäter viel,
Die großen Unfug weithin trugen.
Sie raubten, fingen und sie schlügen
Der Ordensbrüder reißige Scharen,
Die zu Schiffen täten fahren
Hinauf, hinab der Wiglen Flut.
So trieben sie's im Übermut
Gar manche Zeit und manches Jahr.
Sie waren eine Last fürwahr
Den Männer in dem Preußenland.
So hausten sie mit freuler Hand
Und — traunig auf Lekietets Schuh —
Boten sie scharf den Brüdern Trut,
Selbst als ihr Haus nun in Gefahr,
Vom Ordensheer umschlossen war,
Und als zuletzt die Burg gar hart
Besiegert und bestürmt ward

Im Büro

und überall da, wo viele Menschen zusammenkommen, ist die Gefahr der Ansteckung durch Niesen und Husten groß. Schützen Sie sich deshalb vor Grippe, Halsentzündung und Erkältung durch



Panflavin-PASTILLEN

BAYER

Erhältlich in allen Apotheken.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsauskunft beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

"Adolf". Die Aufwertung beträgt 15 Prozent. Sie sagen, Sie hätten die Zinsen bis 1923 gezahlt; das ist eine zu unbestimmte Angabe, zumal Sie gleich darauf sagen, Sie hätten dem Gläubiger im Dezember 1923 Halbjahrszinsen zahlen wollen, die er aber nicht angenommen hat. Wir schließen aus diesen, wie gesagt, nicht ganz klaren Angaben, daß die vom Gläubiger nicht angenommenen Zinsen für das 2. Halbjahr 1923 bestimmt waren, daß also die Zinsen für das 1. Halbjahr 1923 bezahlt sind. Wenn diese Annahmen und ferner die, daß ein Zinsfuß von 5 Prozent in Frage kommt, zutreffen, so stellt sich die Rechnung wie folgt dar: Die Zinsen vom 1. 7. 1923 bis 30. 6. 1924, also für ein Jahr = 150 Mark, werden Kapital (9000 Mark) geschlagen = 8150 Mark. Dieser Betrag wird in 30½ Zloty umgerechnet = 8888 Zloty und auf 15 Prozent aufgewertet = 583,32 Zloty. Diese Summe wird weiter mit 5 Prozent verzinst, aber erst vom 1. 1. 1924 ab, die Zinsen für die Zeit vom 1. 7. 1924 bis 31. 12. 1927 verjährt sind, was bis Ende dieses Jahres 145,80 Zloty ausmacht, so daß Sie am 31. 12. 1927 an Kapital und Zinsen 729,12 Zloty zu zahlen hätten. Wenn Sie die Sache loswerden wollen, müssen Sie die Hypothek kündigen, und wenn der Gläubiger die Annahme verweigert, dann können Sie den Betrag hinterlegen, die weitere Zinszahlung einstellen und den Gläubiger auf Löschung klagen.

E. 101. Von den sechs Nummern ist nur eine am 10. Oktober gezogen worden, und zwar die Nummer 58 687. "Obermüller." Die ganze Mietfrage hängt davon ab, was die Wohnung im Juni 1914 gefestet hat. Wenn alle anderen Wohnungen in dem fraglichen Hause, die der teureren gleichen, nur je 20 Zloty monatlich kosten, so ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß dieser Preis die sog. Grundmiete, d. h. die Miete vom Juni 1914 ungerechnet auf der Grundlage von 1 Mark = 1,28 Zloty darstellt, und daß die 25 Zloty, die für die eine Wohnung gefordert werden, die gesetzlich gezogene Grenz überschreiten. Trifft das zu, dann kann der fragliche Mieter die Miete gleichfalls auf 20 Zloty herabsetzen. Bei einem eventuellen gerichtlichen Streit darüber muß der Vermieter den Nachweis führen, daß 25 Zloty die Grundmiete darstellen, daß er also berechtigt ist, diesen Preis zu verlangen. Kann er diesen Beweis nicht führen, dann muß er sich die Herauslegung der Miete gefallen lassen. Die Abmilderung beim Mieten der Wohnung spielt dabei keine Rolle.

"Fritz und Bruno." Die Nummer 16 493 der Anleiheabschließungsschuld ist nicht gezogen.

W. B. 108. Sie brauchen nichts zu befürchten, Sie können beides behalten, es kann und wird Ihnen niemand etwas wegnehmen.

Friedrich R. Keine der beiden Nummern ist jetzt gezogen worden.

"Bermilung." Uns ist eine solche Stelle in Posen und Bremervörde nicht bekannt; wir glauben auch nicht, daß sie unter den heutigen Verhältnissen lebensfähig wäre. Ob in Danzig etwas derartiges besteht, wissen wir nicht.

Z. M. 34 661. Die Nummer ist nicht gezogen worden.

A. W. Chermno. 1. Eine Arbeitslosenunterstützung können Sie nur verlangen, wenn Sie vorher versichert waren und nach Ihrer Entlassung vom Militär stellenlos waren. 2. Solche Forderung verjährt in 4 Jahren; da die Verjährung aber erst am Schluss des Jahres beginnt, in dem die Forderung fällig war, so würde die Forderung am 31. 12. 1932 verjähren. Durch die Geltendmachung der Aufrechnung in dem jetzigen Prozeß wird aber die Verjährung unterbrochen bis zum Schluss des Prozesses. Nach Beendigung des Prozesses beginnt eine neue Verjährung, wobei die bis zur Unterbrechung verflossene Zeit nicht in Betracht kommt.

Mandus 102*. Ihre Nummer ist im Oktober nicht gezogen worden.

H. P. 300. Da die Bildung der Genossenschaft und Ihre Heranziehung zu den Kosten im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften vor sich gegangen ist, würde ein Einspruch Ihrerseits zwecklos sein. In der Einladung zu der Gründungsversammlung war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Ihr Wegbleiben als Zustimmung zur Gründung angesehen werden würde. Da Sie trotzdem nicht erschienen, galt Ihre Stimme als zugunsten der Gründung abgegeben, was dem preußischen Waisengesetz vom 7. April 1913, das hier weiter in Geltung ist, entspricht.

Mit Wurf- und Stoßmaschinen.

Drei Tage lang blieb drinnen
Umsonst und ettel all ihr Tun.
Des vierten Tages begannen nun
Die Brüder zu erfürmern
Die Burg samt Wall und Türmen.
Sie kloppen grad den Berg hinan,
Wogegen jene Mann für Mann,
Ihr' Wehr und Waffen nützen
Und Leib und Leben schützen
So gut, wie's jedem nur gelang.
Sulekt in des Gefechtes Gang
Die Brüder schlendern Brände.
Zwar regen sich viel Hände —
Umsonst! Das Feuer brennt zu gut!
Rittern und Knechten sinkt der Mut,
Sie werfen ihre Waffen hin,
Auf Flucht allein noch steht ihr Sinn.
So kam die Burg zu Falle,
So ward ihr Hochmut alle!
Doch, wer nun zu entrinnen sucht,
Dem ging's gar schlimm auf seiner Flucht:
Begrüßt ward er mit manchem Speer
Und wurde so des Lebens leer.
Gerettet aus dem Brände gingen
Nur wenige, die sie lebend fingen;
Diesen ging's gut trotz Angst und Not —
Die andern starben all den Tod.
Und auch das Haus mit Hab und Gut
Ging unter in des Feuers Glut;
Nichts ward gerettet, nichts bewahrt,
Das ist des Clementes Art,
Die Burg verbrannte bis zum Mist —
So Wischegrot zerstört ist.
An jenem Montag dies geschah,
Da man die Kreuze tragen sah.
Es blieb hier auch vor Wischegrot
Von Bondorf Bruder Heinrich tot;
Zu Culm wohl bei den Klosterfrauen
Kann man noch heut sein Grabmal schauen.

¹ Wladyslaw Lekietet.

² Weißfel.

Wirtschaftliche Rundschau.

Erhöhte Gold-Vorräte in der Bank Polst.

Ausweis für die 2. Novemberdekade.

Aktiva:	20. 11. 32	10. 11. 32
Gold in Barren und Münzen.	287 827 600,97	287 410 456,20
Gold in Barren und Münzen im Auslande	212 590 856,83	209 023 581,16
Salben, Devisen usw.	36 619 682,30	36 564 694,44
a) deckungsfähige	104 608 627,99	104 649 571,23
b) andere	44 126 159,82	44 333 777,23
Silber- und Schiedemünzen	574 656 804,51	584 653 096,99
Wechsel.	97 737 992,59	99 305 307,67
Lombardförderungen	12 892 261,53	13 146 845,09
Effetten für eigene Rechnung	92 030 150,34	92 030 150,34
Effettenreserve	90 000 000,—	90 000 000,—
Schulden des Staatschakos	20 000 000,—	20 000 000,—
Immobilien	190 955 546,36	183 555 746,63
Andere Aktiva	1 764 045 683,24	1 764 673 226,98
 Passiva:		
Uttenskapital	150 000 000,—	150 000 000,—
Reservefonds	114 000 000,—	114 000 000,—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	16 966 725,71	13 285 714,57
b) Kreditliche Girorechnung	184 533 164,12	154 412 844,54
c) Konto für Silbereinkauf	—	—
d) Staatlicher Kreditsfonds	17 451 836,08	14 851 356,55
e) Bereichsdeutsche Verpflichtungen	965 635 960,—	1 003 767 810,—
Notenumlauf	315 457 997,33	314 355 501,32
Sonderkonto des Staatschakos	1 764 045 683,24	1 764 673 226,98

Der vorliegende Ausweis der Bank Polst läßt die Gesamtrendenz deutlich hervortreten. Das Deckungsverhältnis wird durch eine weiter verfolgte Deflationspolitik und ein Streben nach Erhöhung des Goldvorrates gebessert. So weist die vorliegende Bilanz eine Goldzunahme um 4 Millionen auf 40 Millionen Zloty auf. Der Bestand an deckungsfähigen und nicht deckungsfähigen Devisen ist unverändert geblieben. Das Wechselportefeuille verringerte sich um 10 auf 574,7 Millionen, ebenso die Lombardkredite um 1,6 auf 97,7 Millionen. Die sofort fälligen Verpflichtungen stiegen um 36,4 auf 219 Millionen. Der Notenumlauf dagegen weist eine weitere Schrumpfung von 88,1 auf 965,6 Millionen Zloty auf.

Der Notenumlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind mit 42,24 Prozent gedeckt, die Gold-Devisendekoration dieser Positionen beträgt 45,34 Prozent, der Notenumlauf ist mit Gold mit 51,82 Prozent gedeckt.

Der Stand der Wintersaaten.

Auf Grund der Zuschriften der landwirtschaftlichen Korrespondenten veröffentlicht das Statistische Hauptamt den Stand der Wintersaaten per 15. November wie folgt (die in Klammern angegebenen Zahlen beziehen sich auf den 15. November 1931): Weizen 3,4 (3,2), Roggen 3,6 (3,1), Gerste 3,8 (3,8), Raps 3,5 (—), Klee 3,4 (3,4).

Die Wintersaataut vollzog sich im allgemeinen unter günstigen Voraussetzungen. Der Feuchtigkeitsgrad der Acker war nach Ansicht des größten Teiles der Beobachter zufriedenstellend. Ein Mangel an Feuchtigkeit trat allerdings stärker in den Wojewodschaften Posen, Krakau, Schlesien, Warschau und Lódz hervor. Ein Übermaß an Feuchtigkeit dagegen wurde in den Wojewodschaften Wilna, Bielskost und Nowogrodeq notiert. Größere Schäden sind nirgends zu verzeichnen.

Rückgang des Getreide-Anbaus.

Nach den Angaben des Statistischen Hauptamtes ergibt die Anbaufläche der hauptsächlichsten Getreidearten in Polen aus folgender Aufstellung (in 1000 Hektar): Weizen 1724,5, Roggen 5644,2, Gerste 1204,9, Hafer 2217,0, Kartoffeln 2711,8. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anbaufläche um 5,2 Prozent, für Roggen um 2,2 Prozent, für Gerste um 5,8 Prozent zurückgegangen. Vergrößert dagegen hat sich die Anbaufläche von Hafer um 2,1 Prozent, für Kartoffeln um 0,2 Prozent. Eine Verkleinerung der Anbaufläche für Weizen ist in allen Wojewodschaften zu verzeichnen. Eine Vergrößerung der Roggenanbaufläche ist in den Wojewodschaften Lódz, Posen und Tarnopol zu verzeichnen, während alle anderen Wojewodschaften eine Verkleinerung notieren. Eine Verkleinerung der Gerstenanbaufläche weisen alle Wojewodschaften auf, mit Ausnahme von Warschau und Nowogrodeq. Eine Vergrößerung der Haferanbaufläche dagegen ist in allen Wojewodschaften zu verzeichnen, mit Ausnahme von Pommern und den galizischen Wojewodschaften.

Schwierigkeiten am Danziger Holzmarkt.

Über die überaus schwierige Lage am Danziger Holzmarkt berichtet die „Danziger Landeszeitung“ folgendes:

Die erwartete Beliebung für die Danziger Holzausfuhr ist bisher nicht eingetreten. Sowohl sind häufiger Anfragen aus England zu verzeichnen da man mit einer Befestigung der Marktstufe rechnet und vielleicht auch ein wenig Materialknappheit besteht, zumal das in England lagernde russische Holz verkauft ist; aber die Abschlüsse der letzten Zeit betrafen fast nur kleine Posten Schnittware. Die Danziger Holzausfuhr ist daher im Oktober wieder weiter zurückgegangen, der Oktober war der schlechteste Monat, wie aus folgender Tabelle zu erkennen ist:

Danziger Holzausfuhr in t.	1932	1931
Juli	50 997	114 851
August	88 887	116 889
September	31 070	81 871
Oktober	90 183	51 810

Dieser weitere Rückgang erklärt sich sowohl aus dem Bettbewerb von Edingen, wie auch aus der Tatsache, daß jetzt über Danzig fast nur Schnitholz zum Verkauf kommt und die im vorigen Herbst noch ähnlich lebhafte Schwellenausfuhr fehlt, wie die Ausfuhr von Grubenholz und Telegrafenstangen. Wie schwach die Danziger Ausfuhr derzeit ist, erkennt man am besten aus der Tatsache, daß Mitte November mehrere Tage hindurch überhaupt kein Dampfer mit Holzladung von Danzig ausgegangen ist. Die jetzt meistens zum Verkauf kommenden Partien werden in der Regel mit den Touren dampfern mitgegeben. Bei dem schlechten Geschäft für die Danziger Exporteure spricht weiter mit, daß in den letzten Monaten auch lettändisches Holz etwas stärker verkauft wurde, während die Verschiffungen von Finnland ausgesprochen lebhaft gewesen sind.

Die Preise für lettändisches, finnändisches und Danziger Holz sind zurzeit ziemlich gleichmäßig. So zählte man für unsortiertes Rotholz von 3,2½ und 2 Boll mal 7 Boll cfl. Hull 9½ Pfund Sterling, besser finnändische Ware brachte etwa 9½, was auch für Speziallängen von Riga oder Danzig erzielt ist, während Bohlen von 9 und 11 Boll etwa 10 Pfund Sterling bringen, Baggondielensbretter cfl. Dörfle wurden mit 8½ Pfund Sterling bewertet. Rigaer Enden von 2–4 Boll Stärke kosteten etwa 7½–7½ Pfund Sterling. Gutes 7½ langes Rotholz aus Finnland wird mit 9 Pfund Sterling bewertet, doch bringt weniger gute Ware auch zum Teil nur wenig über 8 Pfund Sterling. Der größte Teil des finnändischen Einschiffes ist jedoch bereits verkauft, da die gesamten finnändischen Verkäufe bis jetzt schon etwas größer sind als im Vorjahr, während die eingeschiffte Menge etwas kleiner geworden ist. Deshalb befindete sich die Aussicht, daß man im Winter doch etwas mehr aus Danzig kaufen müßt, zumal auch die Vorräte in Lettland kaum noch groß sein können. Die allenthalben außer Russland vorgenommene Verminderung des Einschiffes dürfte sich überhaupt jetzt langsam stärker dahin gelöst machen, daß eine gewisse Materialknappheit die Kauflust belebt und bessere Preise zur Folge hat.

Firmennachrichten.

Pušig (Puck). Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wladyslaw Wula in Pušig eröffnet. Konkursverwalter: Jan Pręzostecki in Pušig. Termine am 17. Dezember 1932, 10 Uhr, und am 15. März 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht.

Die Weltkartoffelernte 1932.

Heute liegen aus allen Kartoffel-Anbauländern die Angaben über die Ernte-Ergebnisse vor, aus denen sich ein Gesamtbild über die dem Douum zur Verfügung stehenden Kartoffel-Vorräte für die Zeit 1932/33 ergibt. Nach den Angaben des polnischen Statistischen Hauptamtes betragen die Ernte-Ergebnisse in Polen 26 900 000 Tonnen gegen 30 919 000 Tonnen im Vorjahr. Über die Ergebnisse in anderen Ländern wird jetzt eine Zusammenstellung veröffentlicht, die wir der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ entnehmen. Sie besagt folgendes:

Die bisher vorliegenden Berechnungen ergeben eine

Kartoffelernte

von 115 440 000 Tonnen gegenüber 117 739 100 Tonnen im Vorjahr. Besonders größere Ernten haben Deutschland — Statistisches Reichsamt Stand August Oktober: 45,88, Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat vom 15. Oktober: 46,93, im Vorjahr 48,87 Millionen Tonnen — Italien, England, Norwegen, Ungarn, nicht zu vergessen die Niederlande, Schweden, Luxemburg. Einige größere Ausfälle haben vor allem zu verzeichnen Polen, Österreich, die Tschechoslowakei, Kanada, weniger die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgien, die Schweiz und Estland. Deutschlands Reformierte im Hinblick auf die insgesamt niedrigere Gesamternte bedeutet: Während im Vorjahr die Ausgleichsversorgung auf Deutschland und Polen verteilt war, wird Deutschland in diesem Wirtschaftsjahr diese Aufgabe vornehmlich allein übernehmen müssen, obwohl Polen meldet, daß die Beschaffungen der polnischen Ernte ganz besonders gut ausgefallen sei und daher den Ausfall wenigstens etwas wettmache. Die Niederlande konnten ihre Ernte von 2 736 200 auf 3 680 000 Tonnen steigern. Damit sind sie wieder mehr in den europäischen Lieferkreis vorgerückt.

Deutschlands Bedeutung liegt weniger in der Ausfuhr von Speisekartoffeln als besonders hochwertiger Saaten. Da sich schon im Herbst eine besonders auffallende Nachfrage nach deutschen Saatkartoffeln im In- und Auslande — darunter auch Ungarn, das bisher kaum Saatkartoffeln aus Deutschland bezogen hat — bemerkbar macht, darf man auf eine allgemeine regere Tätigkeit auf diesem Gebiete trotz der internationalen Hemmnisse rechnen. Zugleich ist eine Reihe von Ländern, wie Portugal, Spanien, Italien auf den regelmäßigen Bezug von Saatgut aus dem Auslande angemessen.

Die Gesamtanbaufläche des Jahres 1932 beträgt 11 843 000 Hektar gegen 12 093 000 Hektar im Jahre 1931 und 11 792 000 Hektar im Jahre 1930. Die jährliche Schwankungsgrenze wird damit aber nicht überschritten. Wichtiger ist schon, daß die Kartoffelanbaufläche in Russland um 550 000 Hektar zurückgegangen sein soll.

Die Ernteergebnisse der einzelnen Länder

geben sehr lehrreiche Aufschlüsse. Die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat schätzt das Ergebnis der deutschen Ernte nach dem Stande vom 15. Oktober, wie gefragt, auf 48,93 Millionen Tonnen, so daß diese Ernte nur wenig der des Jahres 1930 mit 47,1 Millionen Tonnen nachstehen würde. Doch ist zu berücksichtigen, daß die Haltbarkeit der Ernte, wie sich jetzt schon herausstellt, nicht die beste ist und daher mit einem sehr hohen Hundertsatz an Schwund und Fäulnis zu rechnen sein wird.

Polen, das zweitgrößte Erzeugungsland der Erde, hat da-

gegen eine um 4 Millionen Tonnen kleinere Ernte. Italien hat gegen 500 000 Tonnen mehr geerntet, so daß die sehr große Einfuhr des Jahres 1931 mit 114 000 Tonnen gegen 53 841 Tonnen im Jahre 1930 wohl nicht mehr erreicht werden wird. Die Schweiz weiß eine Minderernte von etwa 100 000 Tonnen auf, eine Tatsache, die sich mit der Erhöhung des Einfuhrzolls auf 6 Frank wenig verträgt. Man hat daher in richtiger Voraussicht den Zoll für Saatkartoffeln aus dem Auslande wesentlich niedriger, nämlich auf 1 Frank je 100 Kilogramm für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. April angelegt.

Frankreich, das mit seiner Kontingentierungspolitik fühlend vorangegangen ist, hat lediglich das Recht, Saatkartoffeln Annahmen zugelassen. Polen hat sogar das Recht, Saatkartoffeln in größeren Mengen als das Kontingent ursprünglich vorsah einzuführen. In Polen selbst hat man trotz der erschwerenden Umstände den Gedanken einer verstärkten Ausfuhr nicht aufgegeben. Diese Ausfuhr richtete sich bisher nach Nordafrika und schließt jetzt allmählich gegen Frankreich vor. Geringer sind die Ausfuhrsaussichten für polnische Kartoffelerzeugnisse. England und Dänemark machen größere Terminabschlüsse in Kartoffelkraut. Allerdings könnten diese Käufe nur unter sehr großem Preisdruck abgeschlossen werden.

Finland hat zwar eine größere Ernte eingebracht, doch sind die Beschaffungen wenig befriedigend, so daß Finnland nicht für Estland einspringen kann, zumal die für die Ausfuhr in Frage kommenden Länder Schweden und Norwegen selbst über eine deutend größere Ernte verfügen.

England gegen 700 000 Tonnen größere Ernte gegen 1931 schränkt die in den letzten Jahren vorliegenden größeren Einfuhrmöglichkeiten bis auf einen kleinen Umfang ein. England gab zugleich dem Drängen seiner Landwirtschaft sehr bald nach und erschwert die Einfuhr durch eine allgemeine Erhöhung des Zölles.

Ungarn, das eine größere Ernte eingebracht hat, wird in seiner Ausfuhr durch die größere italienische Ernte in erster Linie und am meisten beschnitten.

Canada und die Vereinigten Staaten von Nordamerika ernteten gegen 1 Million Tonnen weniger. Wenn auch diese beiden Länder kaum einführen werden, ist doch die Ausfuhr beider Länder nach Mittel- und vor allem Südamerika sehr beschränkt. Es ist daher nicht von der Hand zu weisen, daß der europäische Interessenkreis eine Verlagerung dorthin erfahren kann. Die Aussichten für Europa sind um so günstiger, als der Kartoffelbau in den in Frage kommenden Ländern in den letzten Jahren größeren Umfang angenommen hat.

Zunächst ist es auf Europa zurückgreifen muß, steht noch nicht fest. Größere geschäftliche Beziehungen scheiterten bisher an den seit 1924 erhöhten Frachttarifen. Vielleicht wird man in Deutschland unter dem Eindruck der großen Ernte zu einer Änderung der Tarife kommen.

Bergerungsschwierigkeiten

wurden in der ganzen Welt nicht auftreten, wenn auch die Weltkartoffelernte um 2,8 Millionen Tonnen kleiner ist als im Vorjahr. Kleinere Ernten sind durch größere Ernten der Nachbarländer aufgewogen, so daß ein Ausgleich überall verhältnismäßig leicht vor sich gehen kann, wenn die den Handel störenden Maßnahmen rechtzeitig gelöst werden.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 24. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty.

Transaktionspreise:

Roggen 30 to	14.70
Richtpreise:	
Weizen	22,50–23,50
Roggen	14,40–14,60
Mahlgerste 64–66 kg	13,50–14,00
Mahlgerste 68–69 kg	14,00–14,75
Braunergerste	15,50–16,00
Hafet	13,25–13,50
Roggenmehl (65%)	22,25–23,25
Weizengemehl (65%)	35,50–37,50
Weizenkleie (groß)	8,00–9,00
Weizenkleie (groß)	9,00–10,00
Roggenkleie	8,00–8,25
Winterrüben	40,00–45,00
Belutschken	—
Pfefferdien	—
Vittoriaerbien	21,00–24,00
Folgererbien	33,00–36,00
Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:	
Roggen 53	